

Vierte Sitzung – Quatrième séance**Mittwoch, 4. Juni 1980, Nachmittag****Mercredi 4 juin 1980, après-midi**

16.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Fischer-Weinfelden

80.002

Sparmassnahmen 1980**Programme d'économies 1980**

Siehe Seite 489 hiervor — Voir page 489 ci-devant

A**Bundesbeschluss über die Aufhebung des Kantonsanteiles am Reinertrag der Stempelabgaben****Arrêté fédéral portant suppression de la quote-part des cantons au produit net des droits de timbre****Ziffer I – Chiffre I**

Fortsetzung – Suite

Anträge siehe Seite 510 hiervor

Propositions voir page 510 ci-devant

Weber Leo: Zunächst ein Wort zu den hier gefallenen Bemerkungen über die CVP-Motion. Wir begreifen, dass diese Motion seinerzeit mit einigem Unmut entgegengenommen worden ist, zum Teil sogar mit hämischen Ausdrücken wie «schwarze Magie», «Spiel ohne Grenzen» und ähnlichem. Heute können wir immerhin feststellen, dass die Hauptmassnahmen, die wir gefordert haben – darunter auch das Plansoll von einer Milliarde Franken –, vom Bundesrat in seinen Anträgen realisiert worden ist. Wir haben deshalb – Herr Biel – nicht zum Fenster hinaus gesprochen, sondern zum Fenster hinein (nämlich zum Fenster des Bundesratszimmers hinein, aber auch des Parlamentes). Ich hoffe, Ihnen beweisen zu können, dass wir auch heute zu der seinerzeit von uns lancierten Motion stehen.

Es ist richtig, dass unsere Motion die Abschaffung des Steueranteiles als Dauermassnahme forderte. Trotzdem wird sich die CVP der Kommissionsmehrheit anschliessen, also für eine Befristung eintreten. Warum? Der Ständerat hat unseres Erachtens eine neue Philosophie in dieses Paket eingeführt. Er hat zwei Neuerungen beschlossen: zum einen, dass die beiden Hauptpfeiler zeitlich befristet werden, und zwar gleich lang, das heisst nicht auf zwei Jahre wie bei den vom Bundesrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen, sondern beide auf fünf Jahre. Aus diesen beiden Hauptpfeilern werden also praktisch Zwillinge gemacht.

Zudem hat der Ständerat einen Konnex mit der Aufgabenteilung geschaffen. Mit Herrn Schmid bin ich einig, dass die Formulierung vielleicht etwas zu langfädig geraten ist; im Prinzip aber kann man durchaus einen Konnex herstellen zwischen der Aufgabenteilung einerseits, die ja bei den Kantonen auch einige Abstriche bringen soll, und dem Sparpaket andererseits.

Der Ständerat hat dies nicht aus eigenem Antrieb getan, sondern auf Veranlassung der Kantonsregierungen. Diese waren nämlich in einer gewissen Phase durch die nicht sehr glückliche Politik des Bundesrates verunsichert worden, der nicht nur Sparmassnahmen vorsah, sondern im gleichen Atemzug auch noch die Aufgabenteilung in die

Vernehmlassung schickte und zu allem Ueberfluss noch einen schönen Teil des SBB-Defizites den Kantonen aufbürden wollte. Es ist begreiflich, dass die Kantonsregierungen hier nicht mitmachen wollten. Sie verlangten nach einer breiteren Diskussionsbasis im Rahmen der zukünftigen Aufgabenteilung. Nachdem man ihnen das mehr oder weniger zugesichert hatte – ich war selber an einer solchen Tagung dabei –, haben sie den Widerstand aufgegeben. Damit ist offensichtlich auch ein besseres Klima für die Aufgabenteilung geschaffen worden.

Wie soll nun die Lage beurteilt werden? Das Zurückkommen auf eine starre Haltung des Bundesrates würde sich meines Erachtens als eine Verletzung von Treu und Glauben gegenüber dem, was wir vorher den Regierungen sagten, ausnehmen. Das stellt – Herr Schmid – keine Angst vor dem eigenen Mut dar; Angst vor dem eigenen Mut könnte man es zum Beispiel nennen, wenn eine Bundesratspartei es nicht wagt, eine Mehrwertsteuer, für die sie an sich eintreten müsste, vor dem eigenen Parteivolk zu vertreten. Was wir hier tun, ist das Einschwenken auf einen eidgenössischen Kompromiss. Kompromisse können Sie belächeln, wenn Sie wollen. Entscheidend ist, dass sie uns vorwärts bringen. Ich glaube, das ist hier der Fall. Wir brauchen das auch angesichts der Finanzlage unserer Eidgenossenschaft. Ich plädiere daher für den Mehrheitsantrag der Kommission.

Müller-Balsthal: Ich habe den Antrag Schmid unterschrieben; zusammen mit zwei Mitgliedern des Landesringes befinde ich mich mitten unter Sozialdemokraten. Aber ich habe bei diesem Problem keine Hemmungen; ich fühle mich bei diesem Sachproblem sehr wohl in dieser Gesellschaft; im übrigen habe ich bereits in meiner Fraktion eine sehr starke Minderheit gesammelt; das Ergebnis zwischen Mehrheit und Minderheit war jedenfalls sehr knapp. Kurz gesagt: Ich unterstütze den Antrag Schmid. Das ist keine parteipolitische Frage. Der Antrag ist sachlich richtig. Es ist übrigens auch der Antrag des Bundesrates.

Eigentlich gilt die gleiche Argumentation auch für den Alkoholzehntel. Ich beschränke mich hier aber auf diesen Anteil an der Stempelsteuer, weil ich davon überzeugt bin, dass es Zeit ist, diese Einnahmen aus den Stempelabgaben definitiv dem Bunde zuzuführen. Warum? Es ist in der Botschaft begründet worden: Zum einen wirken die Kantone bei der Erhebung nicht mehr mit, und die seinerzeitigen Gründe für die geltende Ordnung, die auf 1918 zurückgehen, sind längst dahingefallen.

Zur Befristung, die offenbar ein Kompromiss sein will: Urheber ist hier der Ständerat, nicht der Bundesrat. Es ist ein Kompromiss, den man im weiteren Ablauf mit der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen koppeln will. Diesem Ziel kann ich mich generell anschliessen. Ich bringe Verständnis dafür auf, dass die Stände ihre Position für die spätere Auseinandersetzung nicht schwächen wollen. Meines Erachtens geht der Kompromiss nun aber doch zu weit.

Was spricht noch für den Antrag Schmid? In den nächsten Jahren ist – das wissen wir alle – die neue Finanzordnung fällig. Wir gehen von einem Provisorium ins andere. Warum also nicht heute schon, bei dieser Gelegenheit – es ist eine einzigartige Gelegenheit –, im Ausmass von 130 Millionen Franken etwas Definitives schaffen? Wir brauchen ja, und das ist für mich unbestritten, in einem gewissen Rahmen Mehreinnahmen.

Wir haben ein Sparpaket zu behandeln, das ein Ganzes bildet. Also nochmals zurück zu dieser Aufgabenteilung, wie sie beschrieben worden ist. Was bedeuten diese Befristungen? Wie gesagt, Herr Leo Weber hat von Zwillingen gesprochen, die den Bund und die Kantone binden. Einerseits haben wir Einsparungen in Aussicht für den Bund, auf der andern Seite durch die Gültigkeit auf drei, vier oder fünf Jahre eine Möglichkeit für die Kantone, im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung darauf zurückzukommen. Es müsste aber den Kantonen, deren Staatsrech-

nungen gar nicht so schlecht abschliessen und die dieses und nächstes Jahr von der guten Wirtschaftslage wiederum profitieren werden, eigentlich ausreichen, beim Alkoholzehntel, bei der linearen Kürzung aller Subventionen und Darlehen den Schuh zwischen der Türe zu halten, eben diese Zwillinge, wie sie Leo Weber genannt hat, aufrechtzuerhalten. Sie können so meines Erachtens ihre Verhandlungsposition noch längst aufrechterhalten und demnächst einmal, wenn die Aufgabenteilung zur Diskussion steht, den nötigen Druck aufsetzen.

Ich sage es Ihnen ganz offen: Etwas stimmt mich schon nachdenklich. Wir behandeln hier im Saale ein Sparpaket; wir befinden uns aber augenscheinlich auch einem anderen Paket oder einem Kartell gegenüber, dem Kartell der Finanzdirektoren, unterstützt durch die Regierungsräte und alt Regierungsräte, die Stadtpräsidenten und vielleicht noch durch andere Exekutivmitglieder. Die Serie meiner Vorredner zeigt das auch: Martignoni, Stucky, beides Finanzdirektoren, und Herr Leo Weber, der zu den Veteranen der Finanzdirektoren gehört.

Herr Stucky hat gesagt, wir sollten den Karren nicht überladen. Ich meinte, sie – die Finanzdirektoren – sollen den Karren nicht überladen und hier nachgeben. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Schmid zu unterstützen. Wir haben hier die Bundesfinanzen zu sanieren, und wir sichern mit diesem Beschluss dem Bund zusätzliche 130 Millionen Franken pro Jahr ohne zeitliche Beschränkung. Diese sicheren Einnahmen hat der Bund bitter nötig.

Auer: Ich bitte Sie ebenfalls, den Antrag von Herrn Hans Schmid zu unterstützen. Es ist heute morgen von den grossen Schulden der Kantone gesprochen worden. Es ist richtig: der Bund hat «nur» 17 Milliarden Schulden; bei den Kantonen waren es Ende 1977 23 Milliarden und bei den Gemeinden 26 Milliarden Franken. Jedoch: der Anteil des Bundes am Gesamttotal der öffentlichen Schulden hat sich von 1970 bis 1977 von 19 auf über 25 Prozent erhöht, oder anders gesagt: 1970 bis 1977 ist die Schuldenlast des Bundes um 161 Prozent angestiegen (von 6,4 auf 16,6 Milliarden Franken), jene der Kantone und Gemeinden nur um 83 Prozent (von 27 auf 49,4 Milliarden Franken). Mit anderen Worten: Die Zunahme der Verschuldung ist beim Bund doppelt so gross wie bei den Kantonen und Gemeinden.

Diese Zahlen sind nun aber nicht das Entscheidende. Was heisst eigentlich Schulden? Entscheidend ist doch, für was Schulden getätigt worden sind, beispielsweise für Investitionen. Herr Bundesrat Ritschard hat darauf hingewiesen, dass diese beim Bund minim sind. Wir haben unsere Schulden vor allem für Konsumausgaben gemacht. Und die zweite Frage lautet: Was fliesst aus diesen Investitionen in die öffentlichen Kassen zurück? Hier nur einige wenige Zahlen: Von den Bundesschulden sind zwei Drittel Verwaltungsvermögen, also finanziell mehr oder weniger «totes» Vermögen; bei den Kantonen ist aber nur ein Anteil von einem Viertel Verwaltungsvermögen, der Rest ist Finanzvermögen. Diesem stehen Gegenwerte gegenüber, die messbar sind. Diese Anlagen verzinsen sich, oder sie können auf dem Markt realisiert werden. Sie sind beim Bund ziemlich klein.

Das Finanzvermögen der Kantone ist teilweise recht rentabel angelegt, beispielsweise in den Dotationskapitalien der Kantonalbanken. Diese Schulden werden verzinst. Zudem bezahlen die Kantonalbanken über 50 Millionen Franken aus ihren Reingewinnen an die Staatshaushalte. Demgegenüber liefert die Nationalbank nur 5,5 Millionen Franken an den Bund ab. Beim Bund machen die Vermögenserträge nicht einmal die Hälfte der Passivzinsen aus. In den Städten aber beispielsweise werden 90 Prozent der Passivzinsen durch Vermögenserträge aufgebracht.

Entscheidend für die Beurteilung der Finanzlage sind nun aber nicht in erster Linie die Höhe der Schulden und deren Anlage, sondern die Steuerkraft und die Ausschöpfung

dieser Steuerkraft. Darf ich Sie daran erinnern, dass 1972 bis 1977 die Steuereinnahmen des Bundes um 36 Prozent gestiegen sind, jene der Kantone und Gemeinden aber um 65 Prozent. Das zeigt zweierlei: Trotz dem zweimaligen Nein des Volkes sind die Steuererträge des Bundes innert fünf Jahren um ein gutes Drittel gestiegen, nicht nur weil sich das Bruttosozialprodukt nominell erhöht hat, sondern auch weil wir Steuererhöhungen beschlossen haben. Das Zweite: Die Steuereinnahmen der Kantone und Gemeinden sind doppelt so stark angestiegen wie jene des Bundes, und dies trotz Steuerreduktionen in zehn Kantonen. 1977 bis 1979 ist die Einkommenssteuerbelastung in den Kantonen Bern, Luzern, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Zug, Schaffhausen, den beiden Appenzell und Thurgau kleiner geworden.

Es gibt eine gute Statistik: «Der öffentliche Finanzhaushalt der Schweiz», leider nur bis 1977 nachgeführt. In jenem Jahr haben die Defizite aller Kantone und Gemeinden noch 12 Millionen Franken betragen; 1978 hingegen haben sie im gesamten einen Ueberschuss von 285 Millionen Franken erzielt. Ich erinnere Sie daran: Das Defizit des Bundes betrug letztes Jahr 1,7 Milliarden in der Finanz- und in der Gesamtrechnung 2,3 Milliarden Franken...

Schliesslich sei an die gestiegenen Leistungen des Bundes an die Kantone erinnert: Allein die Subventionen und die Anteile an Bundeseinnahmen haben sich von 1970 bis 1979 von 1,5 auf 3,4 Milliarden Franken erhöht, also mehr als verdoppelt. Ich wiederhole: Subventionen plus Anteile an Bundeseinnahmen gestiegen von 1,5 auf 3,4 Milliarden! In Anbetracht dieser Leistungen und der unterschiedlichen Lage der Gesamtfinanzhaushalte, Bund einerseits, Kantone und Gemeinden andererseits, glaube ich, sei der beantragte Verzicht auf Befristung angebracht. Der Konnex zur Aufgabenverteilung besteht trotzdem... Herr Daniel Müller hat darauf hingewiesen, und die dort vorgesehene Einsparung von 200 Millionen Franken ist ohnehin zu gering. Ich habe mich bei meinen Überlegungen nicht zuletzt auch von der CVP-Motion leiten lassen... man sagt ja immer, man soll auch etwas über den Zaun hinaussehen, und es sind eigentlich auch die Überlegungen dieser Motion, die mich dazu führten, den Antrag Schmid zu unterstützen. Aus den gleichen Gründen werde ich beim Beschluss L, Artikel 3a, den Minderheitsantrag von Herrn Leo Weber unterstützen, so dass dann die Kirche parteipolitisch wieder im Dorf steht.

M. Bonnard: Les deux interventions de nos excellents collègues radicaux Müller et Auer m'amènent à monter à cette tribune. Ces deux collègues placent le problème que nous examinons maintenant sur le terrain des finances, sur le terrain de la force financière respective des cantons et de la Confédération. Ils n'ont rien compris à la question.

Le problème se pose dans un autre cadre. Il se pose dans le cadre de la répartition des tâches entre cantons et Confédération. Si nous demandons aujourd'hui que le problème des économies soit couplé avec celui de la répartition des tâches, c'est parce que nous voulons que ce problème de la répartition des tâches soit empoigné, étudié et réglé et cela indépendamment de la situation financière des cantons et de la Confédération. C'est une question politique fondamentale et pas une simple question de finances. Nous voulons avoir un moyen de pression sur les cantons et sur la Confédération, pour que soit enfin entreprise cette tâche, qui doit permettre à la Confédération de 1980 d'essayer de résoudre les problèmes qu'elle aura dans l'avenir, d'une manière à la fois plus efficace et plus rationnelle.

Il faut donc rejeter la proposition Schmid.

Kaufmann, Berichterstatter: Zur Klarstellung: Die Minderheit stimmt dem Bundesrat zu. Die bundesrätliche Fassung finden Sie auf Seite 2 oben auf der Fahne. Ich räume gerne

ein, dass der Vorschlag der Minderheit die einfachere Lösung darstellt. Aber ich glaube, in einem Föderativstaat und in einem Staat, in dem man auf die Minderheit und die verschiedensten Interessengruppen immer wieder Rücksicht zu nehmen hat, ist die einfachste Lösung politisch gesehen meistens eben nicht die beste. Es ist richtig: Man nimmt hier Rücksicht auf die Finanzdirektoren und damit auf die Anliegen der Kantone. Dies scheint der Mehrheit billig zu sein, einmal schon deshalb, weil man die Kantone im Vernehmlassungsverfahren doch etwas stiefmütterlich behandelt hat, und zum andern auch deshalb, weil es hier doch um ganz gewichtige Beträge geht, die man den Kantonen wegnehmen will. Und vor allem möchte ich Sie, Herr Schmid, daran erinnern: Dieser Beschluss untersteht der obligatorischen Abstimmung, und zwar von Volk und Ständen. Und ich glaube, in Rücksicht auch auf diese Abstimmung – es ist in der Regel leicht, eine Nein-Mehrheit zustande zu bringen – ist die differenziertere Lösung, wie sie die Mehrheit vorschlägt, die bessere.

Sie haben dann auch einen zweiten Hinweis gemacht, warum die Fassung der Minderheit der der Mehrheit vorzuziehen sei. Sie haben darauf hingewiesen, Artikel 14 sei nicht nur komplizierter, sondern der Mehrheitsantrag führe ja auch zu einer zweiten Volksabstimmung innert fünf Jahren; das laufe auf eine Strapazierung der Demokratie hinaus. Ich teile diese Meinung nicht. Ich möchte Sie daran erinnern, Herr Schmid, um nur ein Beispiel zu nennen, dass das Schweizervolk 1971, 1974 und 1975 zur Warenumsatzsteuer an die Urne gerufen worden ist, und man hat sich keineswegs darüber aufgehalten, dass man zum gleichen Thema innert vier Jahren dreimal abstimmen musste. Ich glaube, dass wir in dieser Frage – die, wie gesagt, auch von staatspolitischer Bedeutung ist – durchaus auch auf die Einsicht des Stimmbürgers rechnen können, wenn wir ihn zweimal innert fünf Jahren mit einer Verfassungsabstimmung behelligen. Namens der Mehrheit der Kommission beantrage ich Ihnen aus den dargelegten Gründen die Ablehnung des Antrages der Minderheit.

M. Barchi, rapporteur: M. Schmid propose de reprendre le texte du Conseil fédéral, cela signifie que la suppression des quotes-parts cantonales aux droits de timbre serait durable, définitive. Une telle suppression serait politiquement inopportune, voire dangereuse.

J'aimerais ici m'adresser avant tout à M. Biel. M. Biel, dans son intervention d'entrée en matière, a demandé pourquoi les cantons devraient avoir un droit quelconque à participer à ces droits de timbre. M. Biel a dit que les cantons ne faisaient rien. Mais, Monsieur Biel, vous oubliez une chose qui, pour moi, est essentielle: le fait que des droits de timbre sont perçus par la Confédération restreint la souveraineté fiscale des cantons. Je sais qu'il y a des cantons qui n'ont pas de lois sur les droits de timbre. Mais mon canton, par exemple, a encore aujourd'hui une loi sur les droits de timbre. Il n'y a pas mal d'actes – je pense aux actes notariés concernant les fondations de sociétés anonymes, les augmentations de capital de sociétés anonymes portant sur 10, 20 millions, les contrats d'apport des sociétés anonymes (lorsqu'une société anonyme achète un immeuble, c'est un contrat d'apport). Normalement, un achat d'immeuble est soumis, dans le canton du Tessin, au droit de timbre cantonal. Tous ces actes concernant les sociétés anonymes sont exemptés, par la constitution fédérale, d'un éventuel impôt, d'une éventuelle taxe cantonale. Ainsi, les cantons sont limités par cette loi, par la constitution fédérale, dans leur souveraineté cantonale.

La suppression des quotes-parts aux droits de timbre atteint sensiblement les cantons. Globalement, il s'agit d'une diminution de recettes d'environ 140 millions par année. Notre décision va être prise, pourrions-nous suivre la proposition de la minorité, sans qu'il y ait eu une consultation préalable des cantons? M. Leo Weber nous a dit que la

Conférence des directeurs cantonaux des finances avait eu des contacts, la décision prise par le Conseil des Etats fait état de ces contacts, et si jamais nous devions suivre la minorité, nous léserions sûrement la bonne foi des directeurs cantonaux des finances.

A présent, on parle d'un délai quant à la consultation des cantons sur les propositions d'une nouvelle répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. Nouvelle répartition qui provoquera une augmentation des dépenses à la charge des cantons, qui se répercutera sur les communes. Il n'est pas difficile dès lors de s'imaginer que si les cantons étaient mis devant un fait accompli définitif en matière de droits de timbre, ces mêmes cantons ne montreraient qu'un très faible enthousiasme quant à la collaboration pour mettre sur pied une nouvelle répartition des tâches. C'est ce qu'a dit M. Bonnard lorsqu'il s'est adressé aux excellents collègues de mon groupe Auer et Müller en leur disant: «Vous n'avez rien compris.» Vous n'avez pas compris que les cantons, placés devant ce fait accompli, diront: «Nous n'avons plus aucun intérêt à collaborer à la mise sur pied d'une nouvelle répartition des tâches.»

Le Conseil des Etats a adopté le principe que la suppression des quotes-parts aux droits de timbre devrait être remplacée par la première étape de la nouvelle répartition des tâches. Il a prévu une symétrie, adaptant ce principe aussi à la suppression de la participation aux recettes nettes de la Régie des alcools, et à la réduction linéaire des subventions. Il n'y a pas de raison valable de renoncer à cette symétrie qui a une valeur politique précieuse et qui a une action stimulante sur les représentants des intérêts spécifiques des cantons dans nos conseils, leur permettant de trouver le plus vite possible des solutions raisonnables dans le cadre d'une nouvelle répartition des tâches.

J'aimerais maintenant répondre à mon sympathique et excellent collègue de groupe, M. Auer. M. Auer a rappelé que l'endettement de la Confédération a doublé par rapport à l'endettement des cantons au cours de ces dernières années. On connaît les fameuses histoires sur la statistique, l'histoire des trois poulets que chaque citoyen français pourrait manger chaque semaine. Il ne faut pas considérer de façon globale l'endettement des cantons. Il y a des cantons qui sont moins endettés, il y en a d'autres qui le sont plus. Mais je m'adresse à M. Auer qui est économiste. Pour juger de l'état de santé économique ou financière d'une nation, d'une région ou d'un canton, il ne suffit pas de considérer les déficits, l'endettement, l'exploitation de la substance fiscale. Il y a encore les fameux déficits occultes. Qu'est-ce que les déficits occultes? C'est le degré de développement d'une région, d'un canton, par exemple en ce qui concerne l'équipement public, les services publics. C'est ainsi que certains cantons, comme ceux de la Suisse industrialisée – celui de Zurich pour en citer un – avaient déjà dans les années 50 à disposition une masse de substance fiscale suffisante pour commencer à réaliser beaucoup d'œuvres publiques, suffisamment d'équipements et de services publics. Au contraire, d'autres cantons, comme le Valais, les Grisons, le Tessin, ont dû attendre pour commencer ces travaux jusqu'aux années 60. On constate là un décalage de dix ans qui signifie en fait le désir légitime de ces cantons de pouvoir rattraper ce retard. Il serait donc tout à fait normal que ces cantons soient atteints d'une façon plus sensible et ce, pour la raison que je vous ai dite, Monsieur Auer, à avoir que pour décider de l'état de santé économique et financière d'une région, on ne doit pas seulement considérer le déficit du bilan, l'endettement, le degré d'exploitation de la masse de la substance fiscale, mais aussi le degré de développement des services et des équipements publics.

En conclusion, je reconnais que bien des communes, par exemple, n'ont pas de problèmes; elles ont déjà bâti, il y a bon nombre d'années, une piscine, deux piscines, une

patinoire, deux patinoires, une salle de congrès, des écoles luxueuses, la maison du curé, etc. Pensez-vous qu'elles doivent encore en bâtir d'autres? Par contre, il y a encore bien des communes qui n'ont pu réaliser ces œuvres publiques. Vous me pardonnerez d'avoir été un peu long car j'ai voulu vous expliquer qu'il est bien entendu question de solidarité en faveur de la Confédération à laquelle nous appartenons tous, mais qu'il convient aussi de respecter certaines différences qui, malheureusement, existent entre les cantons.

Bundesrat Ritschard: Der Antrag der Kommissionsmehrheit ist ohne Zweifel besser als der Beschluss des Ständerates. Der Antrag der Minderheit entspricht dem Antrag des Bundesrates, und er ist schon deshalb natürlich der allerbeste.

Aber die Kantone – Sie wissen es – haben dieser unbegrenzten Regelung opponiert. Sie wollen – das ist auch gesagt worden – für die Aufgabenteilung einige Trümpfe in der Hand behalten; es handelt sich hier also um eine taktische Opposition. Ich habe diesen militärischen Begriff in der Politik zwar nicht so gern, weil er immer etwas nach Täuschung aussieht. Ich sehe persönlich aber auch keine Möglichkeit, dass der Bund je einmal auf diese Anteile verzichten könnte. Aber – und das müssen wir beachten – sowohl der Beschluss über dieses Sparpaket wie auch vor allem dann dieser Problemkomplex Aufgabenteilung sind natürlich partnerschaftliche Aufgaben, die Kantone und Bund gemeinsam lösen müssen. Das geht ohne ein partnerschaftliches Vorgehen nicht. Und gerade diese Partnerschaft für diese kommenden, ich will nicht sagen Auseinandersetzungen, sondern eher für dieses kommende Ringen um Lösungen, würde wahrscheinlich gestört, wenn man nun den einen Partner, die Kantone, durch einen Beschluss, den sie nicht so wollen – obschon sie wahrscheinlich im Grundsatz auch damit einverstanden sind –, vergewaltigen würde. Das hat den Bundesrat veranlasst, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen, vor allem im Interesse der zukünftigen Gespräche, die zwischen Bund und Kantonen geführt werden müssen.

Präsident: Bei Artikel 14 schlägt die Kommissionsmehrheit eine neue Formulierung vor. Die Kommissionsminderheit, vertreten durch Herrn Schmid, möchte auf den ursprünglichen Vorschlag des Bundesrates zurückgreifen. Damit haben wir nun zugleich über den Artikel 41bis Absatz 1 Buchstabe a zu entscheiden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	76 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	55 Stimmen

Ziff. II

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Mehrheit

Streichen

Minderheit

Nach Entwurf des Bundesrats

Ch. II

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Biffer

Minorité

Selon le projet du Conseil fédéral

Präsident: Hier wird beantragt, den zweiten Absatz zu streichen. Es ist dies eine reine redaktionelle Aenderung, weil die Frage des zeitlichen Geltungsbereiches durch die Annahme des Antrages der Mehrheit zu Ziffer I bereits in Artikel 14 Absatz 1 geregelt wird. Sie stimmen dieser Streichung zu.

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussentwurfes	121 Stimmen
Dagegen	7 Stimmen

B¹

Bundesgesetz über die Stempelabgaben (StG)

Loi sur les droits de timbre (LT)

Antrag der Kommission

Streichen (siehe Bundesbeschluss B²)

Proposition de la commission

Biffer (voir arrêté fédéral B²)

Präsident: Die Kommission beantragt einen Bundesbeschluss statt einer Gesetzesänderung. Da kein anderer Antrag vorliegt, beraten wir aufgrund des von der Kommission vorgeschlagenen Beschlussentwurfes auf Seite 4 der Fahne. – Sie sind damit einverstanden.

B²

Bundesbeschluss zum Bundesgesetz über Stempelabgaben

Arrêté fédéral relatif à la loi fédérale sur les droits de timbre

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Titel

Bundesbeschluss zum Bundesgesetz über die Stempelabgaben vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 24. Januar 1980, beschliesst:

Titre et préambule

Proposition de la commission

Titre

Arrêté fédéral relatif à la loi fédérale sur les droits de timbre du...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu le message du Conseil fédéral du 24 janvier 1980, arrête:

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Kommission

Abs. 1

Der Kantonsanteil am Reinertrag der Stempelabgaben (Art. 2 BG vom 27. Juni 1973 über die Stempelabgaben) sowie an den Bussenstrafen (Art. 50 Abs. 2 BG über die

Stempelabgaben) wird für die Jahre 1981 bis 1985 nicht ausgerichtet.

Abs. 2

Die Frage einer Aufteilung des Reinertrages der Stempelabgaben wird von der Bundesversammlung im Rahmen der Arbeiten über die erste Stufe der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen erneut überprüft (Art. 14 Abs. 2 Uebergangsbestimmungen BV).

Art. 1

Proposition de la commission

Al. 1

La quote-part des cantons au produit net des droits de timbre (art. 2 loi fédérale du 27 juin 1973 sur les droits de timbre) et au produit des amendes perçues (art. 50, 2e al., loi fédérale sur les droits de timbre) ne sera pas versée pour les années 1981 à 1985.

Al. 2

La question d'une répartition du produit net des droits de timbre sera réexaminée par l'Assemblée fédérale dans le cadre des travaux relatifs à la première étape de la redistribution des tâches entre la Confédération et les cantons (art. 14, 2e al. dispositions transitoires de la constitution).

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Abs. 1

Dieser Beschluss ist allgemeinverbindlich; er untersteht dem fakultativen Referendum.

Abs. 2

Er tritt am 1. Januar in Kraft.

Art. 2

Proposition de la commission

Al. 1

Le présent arrêté est soumis au référendum facultatif.

Al. 2

Il entre en vigueur le 1er janvier 1981.

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Bundesgesetzes	115 Stimmen
Dagegen	7 Stimmen

C

Bundesbeschluss über die Neuverteilung des Reinertrages der Eidgenössischen Alkoholverwaltung aus der fiskalischen Belastung der gebrannten Wasser

Arrêté fédéral fixant la nouvelle répartition du bénéfice net de la Régie des alcools provenant de l'imposition des boissons distillées

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Titel

... Neuverteilung der Reineinnahmen der ...

Ingress

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Titre

...répartition des recettes nettes de la...

Préambule

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Präsident: Hier bitte ich Sie, darauf zu achten, dass die Kommission des Nationalrates den Titel etwas abgeändert hat, indem der «Reinertrag» in «Reineinnahmen» umgewandelt worden ist. – Sie sind damit einverstanden.

Angenommen – Adopté

Ziff. I, Einleitungssatz, Art. 15, 32bis Abs. 9

Antrag der Kommission

Einleitungssatz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung

Art. 15

Abs. 1

Von den Reineinnahmen der Eidgenössischen Alkoholverwaltung aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser der Geschäftsjahre 1980/81 bis 1984/85 wird, in Abweichung von Artikel 32bis Absatz 9, den Kantonen nur der für die Bekämpfung des Alkoholismus bestimmte Anteil ausgerichtet. Der Bund verwendet seinen gesamten Anteil an den Reineinnahmen für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung.

Abs. 2

Die Bundesversammlung hat im Rahmen der Arbeiten über die erste Stufe der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen die Aufteilung der Reineinnahmen der Eidgenössischen Alkoholverwaltung erneut zu überprüfen; beschliesst sie eine Neuauftellung, so ist ihr Beschluss bis spätestens am 31. Dezember 1985 Volk und Ständen zur Abstimmung zu unterbreiten.

Bundesverfassung Artikel 32bis Abs. 9

Streichen (= Beibehalten des geltenden Textes)

Ch. I phrase introductive, art. 15, 32bis al. 9

Proposition de la commission

Phrase introductive

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Dispositions transitoires de la constitution fédérale

Art. 15

Al. 1

En dérogation à l'article 32bis, 9e alinéa, les cantons ne toucheront, sur les recettes nettes que la Régie fédérale des alcools retirera de l'imposition des boissons distillées au cours des exercices 1980/1981 à 1984/1985, que la part destinée à la lutte contre l'alcoolisme. La Confédération affectera la totalité de sa part aux recettes nettes à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité.

Al. 2

Dans le cadre des travaux relatifs à la première étape de la redistribution des tâches entre la Confédération et les cantons, l'Assemblée fédérale réexaminera la répartition des recettes nettes de la Régie fédérale des alcools; si elle se prononce en faveur d'une nouvelle répartition, sa décision sera soumise au vote du peuple et des cantons avant le 31 décembre 1985.

Constitution fédérale art. 32bis, al. 9

Biffer (= maintenir le texte actuel)

*Angenommen – Adopté***Ziff. II***Antrag der Kommission***Abs. 1**

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Streichen

Ch. II*Proposition de la commission***Al. 1**

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

Biffer

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes

108 Stimmen

Dagegen

7 Stimmen

D¹**Alkoholgesetz – Loi sur l'alcool***Antrag der Kommission*Streichen (siehe Bundesbeschluss D²)*Proposition de la commission*Biffer (voir arrêté fédéral D²)*Angenommen – Adopté***D²****Bundesbeschluss zum Alkoholgesetz****Arrêté fédéral relatif à la loi fédérale sur l'alcool**

Präsident: Auch hier beantragt die Kommission einen Bundesbeschluss anstelle eines Gesetzes. Wir legen unserer Beratung den Beschlussentwurf auf Seite 7 der Fahne zugrunde.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Titel und Ingress*Antrag der Kommission**Titel*

Bundesbeschluss zum Alkoholgesetz

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 24. Januar 1980, beschliesst:

Titre et préambule*Proposition de la commission**Titre*

Arrêté fédéral relatif à la loi fédérale sur l'alcool

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu le message du Conseil fédéral du 24 janvier 1980, arrête:

*Angenommen – Adopté***Art. 1***Antrag der Kommission***Abs. 1**

In Abweichung von Artikel 44 Absatz 1 des Alkoholgesetzes vom 21. Juni 1932 erhalten die Kantone von den Reineinnahmen der Eidgenössischen Alkoholverwaltung aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser der Geschäftsjahre 1980/81 bis 1984/85 nur 5 Prozent.

Abs. 2

Der Bund verwendet seinen gesamten Anteil an den Reineinnahmen für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Art. 45 Abs. 1 Alkoholgesetz).

Abs. 3

Die Kantone verwenden ihren Anteil ausschliesslich zur Bekämpfung des Alkoholismus und haben darüber jährlich dem Bundesrat Bericht zu erstatten (Art. 45 Abs. 2 Alkoholgesetz). Dieser bringt die Berichte der Bundesversammlung zur Kenntnis.

Abs. 4

Die Aufteilung der Reineinnahmen der Eidgenössischen Alkoholverwaltung wird von der Bundesversammlung im Rahmen der Arbeiten über die erste Stufe der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen erneut überprüft (Art. 15 Abs. 2 Uebergangsbestimmungen BV).

Art. 1*Proposition de la commission***Al. 1**

Les cantons ne toucheront, en dérogation à l'article 44, 1er alinéa, de la loi fédérale du 21 juin 1932 sur l'alcool, que cinq pour cent des recettes nettes que la Régie fédérale des alcools retirera de l'imposition des boissons distillées au cours des exercices 1980/1981 à 1984/1985.

Al. 2

La Confédération affectera la totalité de sa part aux recettes nettes à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (art. 45, 1er al., loi sur l'alcool).

Al. 3

Les cantons consacreront leur part exclusivement à la lutte contre l'alcoolisme et ils présenteront chaque année un rapport au Conseil fédéral sur l'usage qu'ils en ont fait (art. 45, 2e al., loi sur l'alcool). Le Conseil fédéral portera ces rapports à la connaissance de l'Assemblée fédérale.

Al. 4

La répartition des recettes nettes de la Régie fédérale des alcools sera réexaminée par l'Assemblée fédérale dans le cadre des travaux relatifs à la première étape de la redistribution des tâches entre la Confédération et les cantons (art. 15, 2e al., dispositions transitoires de la constitution).

*Angenommen – Adopté***Art. 2***Antrag der Kommission***Abs. 1**

Dieser Beschluss ist allgemeinverbindlich; er untersteht dem fakultativen Referendum.

Abs. 2

Er tritt am 1. Januar 1981 in Kraft.

Art. 2*Proposition de la commission**Al. 1*

Le présent arrêté est soumis au référendum facultatif.

Al. 2

Il entre en vigueur le 1er janvier 1981.

M. **Barchi**, rapporteur: Je voudrais faire une remarque concernant le texte français à l'article 2. On devrait adapter le texte français au texte allemand et dire: «Le présent arrêté, qui est de portée générale, est soumis au référendum facultatif.» La même modification vaut aussi pour l'arrêté B², au même article 2, que nous avons déjà traité.

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	104 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

E**Bundesbeschluss über die Revision der Brotgetreideordnung des Landes****Arrêté fédéral portant revision du régime du blé dans le pays***Antrag der Kommission**Mehrheit**Eintreten**Minderheit*

(Riesen-Freiburg, Bratschi, Carobbio, Felber, Grobet, Hubacher, Müller-Bern, Schmid, Uchtenhagen)

*Nichteintreten**Proposition de la commission**Majorité**Entrer en matière**Minorité*

(Riesen-Fribourg, Bratschi, Carobbio, Felber, Grobet, Hubacher, Müller-Berne, Schmid, Uchtenhagen)

Ne pas entrer en matière

M. **Riesen-Fribourg**, porte-parole de la minorité: Le problème que nous abordons maintenant a une triple nature: il est de politique financière, de politique agricole et de politique sociale. Mais ce qu'il y a de curieux, c'est que ce problème n'a rien à voir avec le cadre général fixé à nos débats, c'est-à-dire avec des économies. Il s'agit simplement d'un transfert de dépenses. Comme le reconnaît le Conseil fédéral, les droits de douane prélevés sur les blés visent à assurer une certaine péréquation entre le prix des blés indigènes qui est plus élevé, et le prix des blés étrangers qui est meilleur marché. Ce principe, il est juste, il a fait ses preuves et c'est, je pense, pour cela qu'on veut aujourd'hui le changer.

Le message en français, à sa page 30, est ambigu quand il fait allusion à la suppression de la subvention sur le pain. Il faudrait s'entendre et savoir s'il s'agit d'une subvention, selon la page 30 du message, ou d'une péréquation comme le message le dément une page avant, c'est-à-dire à la page 29. Mais pour notre part, il s'agit nettement d'une péréquation car cette opération ne coûtait rien à la Confédération et ne lui coûtera rien par la suite non plus. Au contraire, les recettes provenant des droits de douane sur les importations de blé permettaient à l'Etat fédéral de financer une partie de sa politique agricole. Cette politique agricole, si complexe et si compliquée soit-elle, n'en forme pas moins un tout, et en donnant une nouvelle affectation aux produits des droits de douane en question,

l'on change du même coup une des articulations vitales de cette politique agricole, cette politique qui, dans ses objectifs actuellement valables, est acceptée par le peuple suisse. Elle est acceptée mais, nous le savons, elle est critiquée aussi. Et nous ne devons pas l'oublier, c'est l'ensemble du peuple qui paie le maintien d'une agriculture compétitive mais aussi nécessaire au pays, je voudrais le souligner. Cette politique agricole est un des éléments du renchérissement de la vie en Suisse, nous devons le reconnaître. C'est pourquoi il est trop dangereux à notre sens de tirer, d'une manière exagérée, sur la corde en faisant passer dans l'escarcelle de la Confédération un élément de recettes qui était destiné à la péréquation du prix des blés, donc à la modération du coût de la vie. Et nous parlons d'un paquet d'économies avec passablement d'hypocrisie, vous me le concéderez, car ce paquet contient beaucoup de choses mais très peu d'économies! Il s'agit, en fait, d'un paquet de transferts de dépenses et d'appropriations de recettes. Je sais bien que l'orientation de cet exercice s'imposait d'elle-même à la Confédération qui n'avait pas d'autre voie qui s'ouvrait devant elle pour le moment.

Ainsi, tout le monde y passe: les cantons, les communes et les consommateurs; mais la ponction à froid faite sur les consommateurs, par le biais d'une nouvelle affectation des droits de douane sur les blés importés, touche à quelque chose de plus sensible et de plus fondamental. On remet en cause le principe important qui est celui du soutien indispensable que nous nous devons de donner à notre agriculture. En l'occurrence, en acceptant les propositions de modification qui nous sont présentées, nous ferions supporter au consommateur 100 millions par année qui étaient destinés à la péréquation des blés indigènes avec les blés étrangers. Cent millions que la Confédération ne devait pas payer et qui arrivaient dans sa caisse par le simple jeu des prélèvements à la frontière, qui avaient une affectation bien établie. Et c'est cette affectation que l'on change!

Ainsi, on va encore permettre aux paysans suisses de vendre leur production de blé à un juste prix, mais la différence sera directement payée par les consommateurs. Je voudrais me garder de créer artificiellement un grave conflit entre les agriculteurs et les consommateurs. Il y a, sans ceux-ci, bien d'autres secteurs où la situation est précaire, par exemple l'accumulation des stocks de tous genres: lait, beurre, viande, etc. C'est précisément pour ne pas creuser davantage ces malentendus potentiels entre les consommateurs et les agriculteurs que je vous propose, par conséquent, de ne pas entrer en matière sur cet arrêté afin de ne pas hypothéquer plus qu'il ne faut ce paquet de fausses économies. Soyons réalistes et assurons à cet exercice, que je considère néanmoins comme nécessaire, des chances réelles d'être approuvé en fin de compte.

Pour terminer, je voudrais encore faire quelques remarques au sujet de l'échec que nous avons essuyé à la suite du référendum que nous avons lancé lors de la dernière manipulation du prix du pain. Il s'agissait alors d'une économie de 28 millions. Aujourd'hui, c'est une somme de 100 millions qui est en jeu. Sans avoir dépensé un centime pour la publicité avant la votation d'alors, nous avions tout de même rallié 800 000 suffrages et frôlé la majorité.

Si, il y a deux ans, on pouvait parler d'une votation symbolique, il n'en sera plus de même la prochaine fois car, il ne faut pas l'oublier, la question devra obligatoirement être soumise au peuple; il n'y aura plus besoin de lancer un référendum et le danger de voir cet arrêté refusé sera d'autant plus grand que nous devons affronter le phénomène bien connu de l'addition de toutes les variétés de mécontentements, donc pas seulement le mécontentement de ceux qui seront opposés à l'augmentation du prix du pain, mais aussi tous les autres. Pour éviter le risque d'un échec certain, je vous invite à refuser d'approuver l'arrêté B et à ne pas entrer en matière.

Augeburger: Ich habe mich stets gegen unnötige und überholte Subventionen ausgesprochen. Schon gar, wenn sie nach dem Giesskannenprinzip ausgerichtet werden, dem einzelnen wenig nützen, die Bundeskasse aber stark belasten. Unsere Brotgetreideordnung, die den Abgabepreis des Inlandgetreides an den Weltmarktpreis bindet – eine Ordnung, die sich in keinem anderen Lande findet –, brachte mit zunehmender Produktion und zunehmendem Auseinanderklaffen der Preise von Inland- und Auslandgetreide enorme Kosten für die Bundeskasse mit sich. Um den Schaden im Rahmen zu halten, wurde im August 1977 der Brotgetreidezoll massiv heraufgesetzt, eine Uebung, die die Verfassungsmässigkeit stark strapaziert hat.

Mit der Motion, die ich eingereicht habe – sie wurde später vom Ständerat in ein Postulat umgewandelt – machte ich mich zum Fürsprecher einer Lösung, wie sie nun vorgeschlagen wird. Dabei ging ich allerdings von der Voraussetzung aus, dass der Zoll wieder auf ein vernünftiges Mass herabgesetzt wird. Obschon dies nun nicht der Fall ist, mache ich dem Bundesbeschluss keine Opposition. Dagegen muss ich einige Vorbehalte anbringen und Fragen stellen.

1. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass wir nach der Neuordnung in Sachen Getreide-, Mehl- und Brotpreise ohne Massnahmen an der Grenze grosse Gefahr laufen, mit Fertigteigen oder gar mit Brot überschwemmt zu werden, wodurch unsere ganze Getreideordnung aus den Angeln gehoben würde? Aufgrund der GATT- und EFTA-Uebereinkommen müssen Dekonsolidierungsverhandlungen in die Wege geleitet und Kompensationsangebote gemacht werden. Wer garantiert uns, dass diese Verhandlungen zum Erfolg führen? Es wird angetönt, dass die Absicht bereits an landesinternen Schwierigkeiten scheitern könnte.

2. In der Botschaft wird ausgeführt, dass die Erträge des Brotgetreidezolls es erlauben werden, den Verkaufspreis von Inlandgetreide um 10 Franken unter die eigentlichen Selbstkosten zu senken. Ist sich der Bundesrat bewusst, dass diese Aussage nur gilt, wenn 30 Prozent Auslandgetreide tatsächlich eingeführt werden können? Das ist seit langem nicht mehr der Fall und wird wohl je länger, je weniger der Fall sein. Die Tüchtigkeit unserer Landwirte und die Züchtungserfolge einerseits, der sinkende Brotkonsum andererseits lassen uns immer mehr zu einem Selbstversorgerstaat werden. Die Rechnung droht nicht aufzugehen.

3. Die Botschaft spricht sich auch über die Bedeutung der Erhaltung einer dezentralisierten Kundenmüllerei aus. Ist man sich bewusst, dass die Meinung vertreten wird, eine auf fünf Franken herabgesetzte Mahlprämie rechtfertige den Aufwand, der für die Verwaltung damit verbunden ist, nicht mehr? Wenn aber die Selbstversorgungspflicht fällt, ist das Schicksal der meisten Mühlen besiegelt. Damit werden nicht nur Familienbetriebe ausgelöscht und wertvolle Verarbeitungsreserven für den Kriegsfall zerstört, auch die wegfallende Lehrlingsausbildung müsste zu unhaltbaren Situationen und unerwünschten Konzentrationsprozessen in der Müllerei ganz allgemein führen. Ist der Bundesrat bereit, in diesem Fall bindende und beruhigende Zusagen zu geben, damit aus dem «sollte» der Botschaft eine Verpflichtung wird?

4. Die Vorlage spricht von Selbstkosten des Bundes und von Bundesausgaben, die abgewälzt werden müssten, und vertröstet bezüglich der Definition dieser Begriffe auf die kommende Gesetzgebung. Nachdem in der Botschaft recht merkwürdige Möglichkeiten aufgezeigt werden, was alles gegebenenfalls unter «Selbstkosten» subsumiert werden könnte, von den Personalkosten der Eidgenössischen Getreideverwaltung bis zu Direktzahlungen von Bewirtschaftungsbeiträgen an die Landwirtschaft, möchte ich dringend um Zurückhaltung bitten, damit der Brotpreis nicht auf einsame Höhen klettert, die den bescheidenen Konsum eines wertvollen Nahrungsmittels noch weiter absinken lassen.

Schwarz: Ich möchte Ihnen im Namen der freisinnigen Fraktion empfehlen, diesen Nichteintretensantrag der Minderheit abzulehnen und auf den Bundesbeschluss einzutreten.

Dieser Bundesbeschluss muss in den Gesamtzusammenhang hineingestellt werden; vor allem muss die Tatsache respektiert werden, dass gerade auf dem Gebiete der Bundesubsidien in den letzten Jahren am meisten übermarcht worden ist. Während diese 1960 noch 660 Millionen betragen haben, sind es jetzt 5,6 Milliarden. Sie stellen also den Hauptharst des sogenannten Transferbereiches, der zurzeit zwei Drittel der Bundesausgaben ausmacht, wo also der Bund über keine Manövriermasse verfügt. Wenn man sparen will, muss man eben in diesem Sektor sparen, vor allem dann, wenn es sich noch um ausgesprochene Giesskannensubventionen handelt.

Es wurde vorhin von der Minderheit vor allem mit sozialen Argumenten argumentiert. Dazu ist zu sagen – und ich zitiere aus der Botschaft –, dass erstens der Brotkonsum stark abgenommen hat. Während er 1929 noch 90 Kilo pro Kopf betragen hat, sind es jetzt noch 30 Kilo. Ferner ist der Anteil der Nahrungsmittel am Lebenskostenindex auf 20 Prozent gesunken. 1939 bis 1966 waren es 40 Prozent, und davon beträgt der Brotanteil 0,676 Prozent. Er ist also eine vollkommene Bagatelle geworden. Die Belastung beträgt demnach pro Kilo, wenn man diese Subventionen abbaut, noch 22 Rappen oder pro Jahr und Kopf 15 Franken 60. Wenn jemand diese 15 Franken 60 nicht mehr bezahlen kann, dann muss man ihm auf andere Weise helfen. Man muss ihm gezielter und vor allem massiver helfen. Es hat keinen Sinn, mit dieser Geldverteilung weiterzumachen, die immerhin für den Bund 100 Millionen Franken ausmacht.

Deshalb möchte ich Ihnen im Namen der Fraktion empfehlen, diesem Bundesbeschluss ebenfalls zuzustimmen.

M. Dafflon: Je voudrais ajouter quelques arguments à ceux qu'a invoqués tout à l'heure M. Riesen à l'appui de sa proposition de non-entrée en matière.

Ce matin, le rapporteur de langue française de la commission s'est exclamé: «D'importants déficits se sont accumulés ces dernières années; il faut maintenant payer la facture!» Certes, mais il ne faut pas faire payer toujours les mêmes, ceux qui ont le moins! Même s'il ne s'agit que d'une petite somme, à en croire ce que nous a dit l'orateur qui m'a précédé, cette nouvelle charge est insupportable et injuste.

La mesure proposée est destinée à réduire le déficit des comptes de la Confédération d'un montant de 100 millions, qui seront mis à la charge des consommateurs de pain, ce qui est inadmissible. On peut les trouver ailleurs. Du reste, nous contestons le mode de calcul qui a été choisi pour chiffrer l'incidence de cette hausse sur les dépenses des consommateurs. On a divisé 100 millions par 6,4 millions d'habitants, ce qui donne 15 fr. 60 par année.

Tout à l'heure, un voisin m'a fait remarquer que tous les gens ne mangent pas la même quantité de pain: celui qui mange du caviar l'étend sur une fine tranche de pain tandis que celui qui ne peut pas manger de caviar et doit se contenter de soupe mange de gros morceaux de pain et c'est vrai particulièrement dans les familles nombreuses et pour les petites gens. Malheureusement, dans notre pays, nombreuses sont les personnes dont l'alimentation se compose principalement de pain. Pour elles, il ne s'agit pas d'un extra ni d'un complément, mais c'est la base de leur nourriture. Je pense aux familles nombreuses, aux rentiers AVS, aux bénéficiaires de rentes complémentaires ou AI.

Le Conseil fédéral souligne dans son message que cette augmentation est supportable pour toutes les couches de la population. Comme si toutes les couches de la population disposaient des mêmes ressources financières! Mon collègue Duboule me rappelait tout à l'heure que Marie-

Antoinette avait dit: «S'ils n'ont pas de pain, qu'on leur jette de la brioche!» Il est vrai que, dans certaines classes de notre population, on mange de la brioche et qu'on ne sentira par conséquent pas la hausse du prix du pain.

Mais trêve de plaisanterie! Cette augmentation est grave parce qu'elle s'ajoute à toutes les autres et qu'elle est beaucoup plus sensible pour les personnes de condition modeste et les salariés que pour les autres. Elle est inacceptable. C'est pourquoi, au nom du groupe du Parti du travail, du Parti socialiste autonome et du POCH, je vous demande de vous opposer à l'entrée en matière.

Mme Jaggi: Plusieurs orateurs l'ont déjà constaté, il n'y a pas de miracles en comptabilité, les factures sont là, il faut les régler et les économies réalisées par les uns représentent des dépenses supplémentaires pour les autres. Quand la Confédération entend réduire les charges qu'elle assumait, elle les transfère sur les cantons, sur les consommateurs, sur les assurés. Une telle opération de transfert, en l'occurrence aux dépens des acheteurs de pain, a déjà été effectuée il y a deux ans. A l'époque – pas tellement lointaine donc, on l'a rappelé – il s'agissait d'une augmentation de 10 centimes par kilo, que j'avais personnellement trouvée acceptable. Aujourd'hui, la surcharge unitaire serait de 22 centimes, soit une économie de quelque 100 millions de francs pour la caisse fédérale.

Ce qui m'inquiète dans cette mesure, ce n'est pas tellement le doublement par rapport à 1978 – encore qu'une telle différence ne puisse pas passer inaperçue – mais cette différence n'est pas seulement graduelle, elle est bel et bien catégorique. Je veux dire que la modification qui nous est proposée a une signification plus profonde; elle marque une réorientation à froid en matière de financement de notre politique agricole. La rémunération des producteurs, auxquels nous ne contestons pas le droit au revenu paritaire, semble devoir être de plus en plus assurée par les prix et de moins en moins par les subventions. Les consommateurs doivent prendre ainsi le relais des contribuables. Et il faut voir que, si la charge ainsi transférée pèse largement sur les mêmes personnes, elle ne se répartit pas de la même manière.

Les contribuables paient en fonction du montant de leurs revenus et les consommateurs du volume de leurs achats, c'est-à-dire, pour les produits de première nécessité, de la taille de leur famille.

On fera remarquer qu'en moyenne – on vient de le rappeler – le pain ne joue plus désormais un rôle tellement important dans les budgets des ménages et que les dépenses pour d'autres articles de boulangerie dépassent celles faites pour le pain, aliment symbole. Cela se peut, mais avec une telle argumentation, on ouvre toute grande la porte à la réorientation de cette politique agricole mentionnée tout à l'heure.

Aujourd'hui, il est question d'une économie d'une centaine de millions sur le pain; demain, en envisagera peut-être de faire payer aux consommateurs, au travers des prix, d'autres subventions à l'écoulement, tels par exemple les 31 millions sur le colza, sous prétexte que les consommateurs s'offrent en plus grandes quantités d'autres huiles végétales; ou bien les 65 millions sur le sucre, sous prétexte que les consommateurs n'ont qu'à payer le sucre indigène et étranger aux prix de revient relativement élevés qui sont réalisés en Suisse; ou encore les 230 millions sur le beurre, sous prétexte que plus personne pratiquement ne se rend à la laiterie pour acheter du lait en vrac et du beurre en motte, mais que tout le monde préfère, parce que les gens du marketing des produits laitiers en ont décidé ainsi, des produits transformés à grands frais dans les centrales laitières. Ou encore les 350 millions sur le fromage, sous prétexte que la production indigène, dont la meilleure part est d'ailleurs réservée à l'exportation, trouve moins d'amateurs que certaines spécialités étrangères à pâte molle.

J'arrête ici cette énumération pour ne pas donner d'aussi mauvaises idées aux responsables de la politique agricole suisse. En fait, ces idées ils les ont déjà eues; comme en témoignent les déclarations faites par M. Honegger, conseiller fédéral, notamment le 18 février dernier, devant la Société bernoise d'utilité publique. A cette occasion, M. Honegger a déclaré ouvertement qu'«avec les salaires payés en Suisse, il ne devrait pas être trop pénible – ce sont ses propres termes – d'acheter les produits alimentaires à des prix correspondant aux coûteuses conditions de production suisse».

Dans cette perspective, la suppression de toute subvention à l'approvisionnement du pays en céréales panifiables, et conséquemment l'augmentation du prix du pain, apparaît comme une sorte de première dans une direction économiquement discutable, compte tenu des difficultés croissantes d'écoulement des produits agricoles, et socialement inacceptable. L'objectif à beau se réfugier derrière le beau slogan du «juste prix», il aboutit à créer une véritable injustice sociale. C'est pourquoi je vous demande d'appuyer la proposition de non-entrée en matière présentée par la minorité de la commission.

Cantieni: Die CVP-Fraktion bekämpft den Nichteintretensantrag und ersucht Sie, der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Es gibt drei entscheidende Gründe, die diesen Standpunkt rechtfertigen.

Einmal hat der heute als Subvention an den Konsumenten ausgerichtete Beitrag des Bundes einen Umfang, auf den, wie es auch Kollege Schwarz ausgeführt hat, jeder verzichten kann. Die Grössenordnungen, wie sie der Botschaft entnommen werden können, zeigen es deutlich auf – ich wiederhole: 15 Franken 60 pro Person und Jahr –, und wir sind der Meinung, dass dieser Verzicht des Konsumenten auf Bundesbeiträge unter diesem Titel in diesem Umfang absolut zumutbar ist.

Ein zweiter Punkt scheint uns entscheidend zu sein: das sind die immerhin 100 Millionen Franken Einsparungen für den Bund. Das ist angesichts der Finanzlage bei Gott kein Pappenstiel, und auch unter diesem Aspekt scheint uns der Nichteintretensantrag von Kollega Riesen nicht begründet zu sein.

Es gibt aber noch einen dritten Grund: Wir sehen in diesem neuen Bundesbeschluss insbesondere die Möglichkeit für den Bund, seine Stabilisierungsfunktion für den Brotpreis wahrzunehmen. Aus der Formulierung des Verfassungsartikels («höchstens zum Selbstkostenpreis») geht doch klar hervor, dass die Voraussetzungen geschaffen werden sollen, dass der Bund auch in Zukunft die Möglichkeit hat, zur Stabilisierung des Brotpreises beizutragen. Der Brotpreis wird künftig grösseren Schwankungen ausgesetzt sein, indem er beeinflusst sein wird vom Preis des Inlandgetreides, vom Preis des Importgetreides und nun neu auch vom Ausfall der Inlandernte bzw. dem Anteil Inland/Import. Ein Auf und Ab beim Brotpreis dient aber sicher nicht dem Konsumenten, im übrigen auch nicht den Müllern und den Bäckern. Wenn der Bund somit gewisse Ausgleichsfunktionen zu übernehmen hat, sind ihm auch die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Aus diesen drei dargelegten Gründen beantrage ich Ihnen namens der CVP-Fraktion, den Nichteintretensantrag abzulehnen.

Müller-Bern: Mein Vorredner veranlasst mich, doch auch noch ein paar Worte zugunsten der Minderheit zu sagen, vor allem auch deshalb, weil der Antrag der Minderheit vor allem von französischsprachigen Ratskolleginnen und -kollegen vertreten wurde und bekanntlich die Deutschschweizer oftmals sehr wenig aufpassen, wenn hier im Rat französisch gesprochen wird. Diese Frage ist nicht nur eine Frage der Französischsprachigen, sondern auch eine Frage der Deutschschweizer, das möchte ich unterstreichen.

Ich wundere mich etwas über die Stellungnahme der CVP-Fraktion, die den Schutz der Familie auf ihre Fahne ge-

schrieben hat. Denn dieser Beschluss ist absolut familienfeindlich. Wenn man hier mit Durchschnittswerten kommt von 15 Franken 60 pro Person, so muss man wissen, dass es die ärmeren Schichten sind und die grossen Familien, die eben mehr Brot essen. Das häuft sich dann entsprechend und ergibt eine Belastung für Grossfamilien in den unteren Einkommensschichten, die nicht vernachlässigt werden darf. Für den einzelnen sind 100 Millionen zwar viel, aber für den Bundeshaushalt, der 15, 16 Milliarden im Jahr ausgibt, fallen 100 Millionen nicht derart ins Gewicht wie diese Einsparung hier für die finanzschwachen Familien mit einer grösseren Kinderschar. Deshalb möchte ich Sie bitten, doch dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

Kaufmann, Berichterstatter: Es geht hier um einen wichtigen Beschluss. Einmal ist für die Aenderung der heutigen Rechtslage eine Verfassungsänderung notwendig. Es findet eine obligatorische Volksabstimmung statt. Ich möchte immerhin bereits hier Herrn Riesen folgendes sagen: Ich weiss, dass 1977 eine ähnliche Vorlage nur relativ knapp angenommen wurde. Aber ich möchte Herrn Riesen darauf hinweisen, dass diese Abstimmung im Jahre 1977 stattfand, in einem Jahr, als der Bund noch sage und schreibe vier Milliarden weniger Finanzdefizite aufwies. Hier wirkt sich nun aus, dass sich die Finanzrechnungen und übrigens auch die Gesamtrechnungen in diesen drei letzten Jahren ganz enorm verschlechtert haben. Ich glaube, man hätte hier einige Argumente, um das dem Volk auch plausibel zu machen, den Konsumenten auch, die die Mehrwertsteuern nicht akzeptieren wollten. Das Gesetz aufgrund der allfälligen Verfassungsänderung wird später beraten, die Ersparnis für den Bundeshaushalt wird daher erst ab 1. Januar 1982 wirksam werden können.

Wichtig ist die Vorlage unter dem finanziellen Aspekt. Der Bund soll mit etwa 100 Millionen profitieren, und – wir müssen das ganz eindeutig sagen – zulasten der Konsumenten.

Wichtig ist die Vorlage aber auch deshalb, weil die Verfassungsänderung keine Befristung enthält, im Gegensatz also zu den Verfassungsänderungen gemäss Beschluss A und C.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass Ihr Rat die Motion Augsburger im Jahre 1977 erheblich erklärt hat, und ich halte hier gerne fest, dass das, was der Bundesrat und die Kommissionen heute vorschlug, praktisch identisch ist mit dem, was Herr Augsburger vor drei Jahren gefordert hat.

Nun zu Herrn Riesen, das heisst zum sozialen Problem sowie der Familienpolitik der CVP. Es ist unbestritten, dass der Konsument wegen der Brotgetreideverteuerung pro Kopf der Bevölkerung und Jahr etwa 15 Franken 60 zusätzlich zu tragen haben wird. Ich möchte die Herren Riesen und Müller-Bern aber darauf hinweisen, dass von diesen 15 Franken 60 pro Jahr und Kopf sich nur etwa die Hälfte auf den Konsum von Brot bezieht; die andere Hälfte wird in Form von Feingebäck genossen. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass von jener Hälfte, die als Brot Verwendung findet, leider etwa 10 bis 15 Prozent in den Abfallkorb wandern oder zur Tierfütterung verwendet werden. Es gibt darüber konkrete Untersuchungen. Wenn man das bedenkt, hat man Mühe, in dieser Einsparung für den Bund ein wesentliches soziales Anliegen zu erblicken.

Eine Antwort möchte ich noch Herrn Augsburger geben wegen der Kundenmühlen und der Mahlprämie. Wenn wir den Konsumenten hier vermehrt zur Kasse bitten, werden wir auch den Selbstversorger entsprechend stärker belasten müssen, d. h. den Landwirt, der Brotgetreide sät und erntet. Die Kundenmüller hängen nicht von diesen Mahlprämien ab, sondern von der Selbstversorgung der Landwirte, die wir nach wie vor wollen. Diese soll auch in der kommenden Gesetzgebung nicht in Frage gestellt werden.

Damit komme ich zum Schluss: Angesichts der nun häufig aufgezeigten trostlosen Bundesfinanzsituation ist dieses

kleine Opfer nach Auffassung der Mehrheit für den Konsumenten zumutbar. Deshalb ersuche ich Sie um Ablehnung des Antrages Riesen.

M. Barchi, rapporteur: M. Riesen, au nom d'une minorité de la commission, s'oppose à l'entrée en matière sur la revision du régime du blé.

De quoi s'agit-il? Grâce au mécanisme prévu par l'article 23bis de la constitution fédérale, adopté en 1929, le prix du blé indigène est ramené au niveau des cours mondiaux.

En 1929, la production indigène ne parvenait à couvrir qu'un quart des besoins de blé alors que les importations fournissaient les trois autres quarts. Aujourd'hui, la part du blé indigène se monte à plus de 70 pour cent. En 1929, la consommation de pain, par personne, était de 90 kilos par an; elle est aujourd'hui de 30 kilos. Le pain ne représente plus à présent que le 0,676 pour cent des dépenses totales du ménage, la pâtisserie le 1,119 pour cent.

La nouvelle réglementation proposée par le Conseil fédéral produira un bénéfice en faveur de la Confédération d'environ 100 millions de francs par an. Cela signifie que le consommateur devra payer 15 fr. 60 en plus chaque année, comme l'a relevé M. Schwarz.

Voilà les dimensions du problème. Les arguments de M. Riesen sont cousus de fil blanc, pour ainsi dire. Il prétend que la nouvelle réglementation modifie la politique agricole, puisque la Confédération réalise un transfert de prélèvements douaniers et augmente la charge agricole assumée par le consommateur. Ce n'est pas vrai du tout, car l'augmentation du prix du pain est tout à fait tolérable; elle n'entraînera pas de réduction de la consommation du pain en Suisse, ni surtout une diminution de la production du blé indigène. La politique agricole ne change pas du tout à cause de ce transfert. Après l'augmentation, le prix du pain sera toujours placé au niveau du prix courant que connaissent les pays qui nous entourent. En Italie, par exemple, le pain coûte plus cher qu'en Suisse.

M. Riesen prétend aussi que la revision constitutionnelle serait une atteinte à la politique sociale. J'ai déjà esquissé les justes dimensions que l'on doit donner au problème. Il faut tout de même être un peu réaliste. J'ai esquissé ces dimensions en vous citant des chiffres comparatifs. Il n'est pas sérieux de faire ici du problème un drapeau, un symbole de justice sociale. La politique sociale, c'est quelque chose de bien plus important, surtout si l'on pense qu'à présent le pain subventionné est aussi employé avantageusement comme fourrage dans l'élevage animal.

Pour toutes ces raisons, je vous prie d'adopter l'entrée en matière.

Bundesrat Ritschard: Herr Nationalrat Röhlin hat mich darauf angesprochen, dass hier nur das Wort «Getreide» anstelle von «Brotgetreide» stehe. Ich kann bestätigen, dass hier überall, wo «Getreide» steht, selbstverständlich Brotgetreide gemeint ist.

Die Fragen des Herrn Augsburger kann ich summarisch beantworten, da er ja die Antwort wohl schon kennt. Wir wissen, dass an der Grenze Probleme entstehen können. Deshalb finden ja auch bereits Verhandlungen mit dem GATT statt; es werden Regelungen gefunden werden. Das Problem, dass wir zuviel Inlandgetreide haben, welches weniger backfähig ist als das ausländische, bleibt bestehen. Deshalb sollte die Relation von 70 zu 30 Prozent nicht verändert werden müssen. Deshalb müssen wir auch immer wieder darauf hintendieren, dass die Landwirtschaft eben mehr Futtergetreide, von dem wir importieren müssen, produziert. An dieser Politik wird sich also nichts ändern.

Bei der Mahlprämie möchte ich gerne bestätigen, dass wir aus vielerlei Gründen an einem dezentralisierten Müllereigewerbe interessiert sind und dieses aufrechterhalten wollen. Mit unseren Vorschlägen geht es uns eigentlich nur um administrative Vereinfachungen. Der Brotpreis soll

an sich grundsätzlich – da sind wir gleicher Meinung – nur um diese aufzuhebende Verbilligung angehoben werden. Ich denke nicht, dass man da auch noch Flächenbeiträge und alles Mögliche dazu rechnen darf. Man wird das sehr genau zu überlegen haben.

Der Bund verbilligt heute das Brot. Jemand muss diesen Mehrpreis, der etwa 100 Millionen Franken ausmacht, bezahlen. Heute ist das der Steuerzahler; das sind auch kleine Leute, die indirekt – mit anderen Steuern – diese Verbilligung bezahlen helfen müssen. Die juristischen Personen bezahlen nur etwa einen Drittel aller Steuern. Neu will man nun diese 100 Millionen Franken auf die Konsumenten überwälzen, die dann für das Brot jenen Preis bezahlen würden, den es kostet. Man muss sich auch fragen – Herr Dafflon –, ob es vernünftig sei, dem reichen Manne das Brot zu verbilligen. Sie haben mir vorhin erklärt, Sie seien ein grosser Brotesser. Sie haben doch weiss Gott dafür keine Bundessubvention nötig; sicher können Sie das selber bezahlen, auch wenn Sie kein sehr reicher Mann sind.

Ich respektiere alles, was über Brot und Brotkonsum gesagt wird. Ich weiss, dass es ernst gemeint ist. Brot hat in der Ernährung einen Symbolwert. Jeder hat eine fast etwas nostalgische Zuneigung zum Brot, obschon er heute wahrscheinlich viel weniger Brot isst als früher, als es beinahe nur Wasser und Brot gab. Es gab ohne Zweifel eine Zeit, da Brot das Nahrungsmittel der Familie schlechthin war. Vielleicht gibt es immer noch Familien, in denen das Brot eine sehr grosse Rolle spielt. Sie haben aber die Zahlen gelesen; sie sind auch dargelegt worden: Heute ist das also nicht mehr so. Dass das Brot generell seinen Symbolwert in der Bevölkerung verloren hat, geht auch daraus hervor, dass es nicht mehr einfach Brot schlechthin ist. In unserem Lande werden heute 300 verschiedene Sorten Brot gebacken, Spezialbrote, zum Teil sehr teure und aufwendige Sorten. Sie werden auch gekauft. Aber alle diese Liebhabereien werden vom Bund mit diesen 100 Millionen Franken verbilligt. Dass alle diese Brote vom Bund mit 100 Millionen Franken verbilligt werden, hat wirklich keinen grossen Sinn.

Ich vermag der Behauptung nicht zu folgen, dass hier eine ausserordentlich soziale Massnahme abgebaut würde. Das stimmt bei weitem nicht mehr. Man könnte dafür viele Beispiele anführen. Denken Sie an das viele Brot, das nicht nur bei den Verkaufsstellen und in Betrieben, sondern auch in den Haushaltungen weggeworfen wird. Dem Brot kommt nicht mehr die Bedeutung zu, die es einmal hatte. Das sehen Sie auch am kleinen Anteil, den das Brot in den Haushaltsausgaben einnimmt, und dieser Anteil ist eher noch im Sinken begriffen. Ich glaube also wirklich nicht, dass wir mit diesem Beschluss eine so unsoziale Massnahme ins Auge fassen, wie das dargestellt worden ist, weshalb ich Sie bitte, auf die Vorlage einzutreten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	104 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	35 Stimmen

Detaillberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. I Einleitungssatz, Art. 23bis Abs. 2 letzter Satz und Abs. 4

Antrag der Kommission

Einleitungssatz, Art. 23bis Abs. 2 letzter Satz
Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 4

Die Einnahmen aus dem Zoll auf Brotgetreide dienen zur Deckung der Bundesausgaben...

Ch. I phrase introductive, art. 23bis al. 2 dernière phrase et al. 4

Proposition de la commission

Phrase introductive, art. 23bis al. 2 dernière phrase

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 4

Le produit des droits de douane sur le blé servira à couvrir...

Kaufmann, Berichterstatter: Wenn Sie die beiden Texte vergleichen, stellen Sie fest, dass die Kommissionsmehrheit das Wort «vorab» gestrichen hat. Die Kommissionsmehrheit schlägt Ihnen also vor, die Einnahmen aus dem Zoll auf Brotgetreide, der mindestens vorläufig bestehen bleibt, sollen zur Deckung der Bundesausgaben für die Getreideversorgung des Landes dienen. Der Bund wird nach wie vor Geld brauchen für die Stabilisierung des Brotgetreidepreises. Das ist einleuchtend, wenn man weiss, dass die Welthandelspreise für Brotgetreide ausserordentlichen Schwankungen unterworfen sind. Es wäre sinnlos, wenn wir den Brotgetreidepreis wöchentlich oder monatlich oder auch jährlich verändern würden. Der Bund wird also nach wie vor die Aufgabe haben, beim Brotgetreide für einen Mischpreis zu sorgen und diesen zu stabilisieren. Deshalb ist die vorgeschlagene Formulierung berechtigt. Das Wort «vorab» ist nicht nötig. Ich ersuche Sie, der Kommissionsmehrheit, der übrigens kein Gegenantrag gegenübersteht, zuzustimmen.

Angenommen – Adopté

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Beschlussesentwurfes	98 Stimmen
Dagegen	10 Stimmen

F

Gewässerschutzgesetz

Loi sur la protection des eaux

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. I Einleitungssatz, Art. 16 Abs. 1 erster Satz*Antrag der Kommission**Einleitungssatz*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Art. 16 Abs. 1 erster Satz**Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit I

(Grobet, Bratschi, Müller-Bern, Schmid, Uchtenhagen)

Abs. 1

...innert zehn Jahren... oder aufgehoben werden. Auf begründetes Gesuch hin kann die zuständige Behörde die Frist auf längstens 15 Jahre erstrecken.

Minderheit II

(Carobbio)

Streichen (= Beibehalten des geltenden Textes)

Ch. I phrase introductive, art. 16 al. 1 première phrase*Proposition de la commission**Phrase introductive*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Art. 16 al. 1 première phrase**Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité I

(Grobet, Bratschi, Müller-Berne, Schmid, Uchtenhagen)

Al. 1

... délai de dix ans... de la présente loi. Ce délai peut être prolongé jusqu'à quinze ans au maximum, sur la base de requêtes motivées présentées à l'autorité compétente.

Minorité II

(Carobbio)

Biffer (= maintenir le texte actuel)

Präsident: Hier haben wir zwei Minderheitsanträge. Die Minderheit I wird vertreten durch Herrn Schmid, die Minderheit II durch Herrn Carobbio. Ich erteile zuerst den Antragstellern das Wort zur Begründung ihrer Minderheitsanträge.

Schmid, Sprecher der Minderheit I: In der Kommission, die vor zehn Jahren das Gewässerschutzgesetz beriet, gab es eine politische Grundsatzdiskussion über die Frage, ob man den Gewässerschutz gemäss diesem Gesetz innerhalb von zehn Jahren realisieren soll oder ob man dafür eine längere Zeitspanne einräumen will. Die Herren Kollegen Müller-Balsthal und Bratschi, Mitglieder jener Kommission, haben uns bestätigt, dass es ein zentrales politisches Postulat war, diese Aufgabe innert zehn Jahren durchzuführen und auf keinen Fall länger daran zu machen. Das ist auch der Grund, weshalb Herr Grobet, der ursprüngliche Antragsteller, im Grundsatz an den zehn Jahren festhalten will. Herr Grobet hat uns Beispiele vom Genfersee genannt, wonach im Bereich der Städte Lausanne und Genf, in denen sehr viele Leute wohnen, die Realisierung des Gewässerschutzes offenbar besonders dringlich ist. Wir haben in der Kommission aber auch gehört, dass sich beispielsweise im Gebiet des Sempachersees ähnliche Probleme stellen. In der Kommission wurde von den Antragstellern der beiden Minderheiten gesagt, dass, wer nichts getan hat, belohnt würde, wenn wir die Frist auf 15 Jahre erstreckten. Weiter wurde betont, dass mit diesem Gesetzentwurf nach der Fassung des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit im Grunde genommen ausgerechnet dort gespart werden soll, wo es das Volk

nicht will. Ich erinnere daran, dass es sehr viele repräsentative Meinungsumfragen gibt, die unter sich übereinstimmen, wonach der Umweltschutz – und dazu gehört auch der Gewässerschutz – eine der ersten Prioritäten in der Meinung der Mehrheit unseres Volkes geniesst. Es kommt dazu, dass diese Fristerstreckung ja gar nicht eigentliches Sparen bedeutet. Die Ausgaben werden bloss über eine etwas längere Zeitspanne erstreckt, aber die entsprechenden Gewässerschutzmassnahmen müssen ja so der so realisiert werden. Wenn wir noch daran denken, dass gerade im Bausektor die Teuerung bedauerlicherweise wieder mit Riesenschritten voranschreitet, so kann man sich sogar fragen, ob mit der Fristerstreckung die Bauten nicht noch teurer kommen, als sie es jetzt schon sind.

Nun hat Herr Grobet einen Antrag gestellt, der sich weitgehend mit dem deckt, den auch Herr Carobbio hier unter der Bezeichnung «Minderheit II» vertreten wird. Herr Carobbio hat in der Kommission sehr viele Kommissionsmitglieder überzeugen können: Herr Leo Weber hat sich sehr deutlich zugunsten dieses Antrages Carobbio ausgesprochen, und wir selbst haben ihm ebenfalls zugestimmt. Es ist Herrn Carobbio aber trotzdem nicht gelungen, eine Mehrheit zu finden. Deshalb legt Herr Grobet nun einen Vermittlungsantrag vor, mit dem er zwar grundsätzlich an der Frist von zehn Jahren festhalten will, mit dem er aber dort, wo die Verwirklichung innert dieser Frist objektiv nicht möglich ist, eine Fristerstreckung auf 15 Jahre einräumen will.

Herr Stucky hat in der Kommission darauf aufmerksam gemacht, dass hier eine unerwünschte Bürokratisierung Platz greife, wenn man auch noch Gesuche stellen müsse. Darauf wäre zu antworten, dass der Bund ja ohnehin die Aufgabe hat, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Massnahmen erstens fristgerecht getroffen werden, und wenn er die Massnahmen subventioniert, dann hat er ja zweitens dafür zu sorgen, dass die Projekte ordnungsgemäss und nach, dem vom Bund genehmigten Plan durchgeführt werden. Wenn er dann die Fristerstreckung auch noch zu prüfen hat, bedeutet das nicht, dass auch nur ein einziger Beamter mehr angestellt werden müsste. Das Argument von Herrn Stucky sticht hier somit nicht.

Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen, dem Antrag der Minderheit I, ursprünglich vertreten durch Herrn Grobet, zuzustimmen.

M. Carobbio, porte-parole de la minorité II: Dans mon intervention d'entrée en matière, j'avais déjà souligné le fait que, à mon avis, des mesures d'économies dans le domaine de la protection des eaux ne se justifient pas. C'est en partant de cette considération que j'avais présenté, en commission, une proposition visant à maintenir le délai de dix ans pour la réalisation des travaux d'épuration des eaux, proposition qui avait recueilli 19 voix contre 12. La proposition se justifiait et se justifie, en plus des considérations qui ont déjà été exposées dans cette salle par l'orateur qui m'a précédé, M. Schmid, pour deux autres raisons.

Tout d'abord, parce que le prolongement du délai prévu par la loi revient à favoriser tous les cantons qui sont en retard dans la réalisation de leur programme d'épuration des eaux. Or, comme le dit le message du Conseil fédéral, il s'agit en général des régions où il y a encore des possibilités effectives de protéger par des mesures préventives les eaux et l'environnement en général contre la pollution. C'est précisément dans ces régions-là qu'il faut pousser la mise au point des travaux de protection. En effet, introduire un prolongement des délais ne peut que contribuer à ralentir le programme de protection de l'environnement. C'est donc avant tout pour une question de principe que mon groupe s'oppose à la proposition du gouvernement, d'autant plus que les avantages pour les finances fédérales ne sont pas si grands. Il s'agit, comme vous le savez, d'une somme de quelque 35 millions.

En deuxième lieu, prolonger le délai de réalisation dans ce domaine veut dire créer, en retardant certains travaux, de nouvelles difficultés économiques dans les régions périphériques et de montagne qui, par contre, ont besoin d'un renforcement des programmes d'investissement de la part des collectivités. C'est vrai, je connais l'objection. Il est pratiquement exclu que l'on puisse maintenir, en l'état actuel des travaux, le délai fixé de dix ans. C'est l'objection de M. Grobet et de la minorité socialiste qui pourtant, en commission, dans un premier temps, avait voté ma proposition, et qui a présenté la proposition de minorité I, qui admet dans des cas justifiés des dérogations au délai de dix ans. Si je ne me suis finalement pas rallié à la proposition Grobet et de la minorité I, qui par certains aspects recouvre la mienne, c'est précisément pour les raisons de principe que je viens de rappeler. Je suis en effet d'avis que ce n'est pas dans le cadre du programme d'économies qu'il faut résoudre les problèmes des retards de certains cantons quant à leur programme d'épuration des eaux. A mon avis, dans le cadre de la loi, il s'agit avant tout de forcer les cantons et les régions en retard à se dépêcher de rattraper, au moins au niveau de la mise en chantier des travaux, le temps perdu. C'est encore dans ce cadre que le Conseil fédéral peut examiner les cas particuliers et prendre les décisions qui s'imposent. D'autre part, je crois qu'il n'y a à ce propos, dans le cadre du programme d'économies, que deux choix possibles. Ou bien l'on admet le principe que l'on doit faire des économies dans ce domaine et alors il est préférable de suivre la proposition du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, ou bien on refuse ce principe et alors il faut en rester au délai fixé par la loi. Nous avons fait ce deuxième choix et, tout en comprenant les motivations de M. Schmid et des socialistes, nous vous invitons à voter la proposition de la minorité II.

Basler: Die Minderheitsanträge I und II entspringen der Sorge vieler, die sich fragen, ob ausgerechnet beim Gewässerschutz gespart werden soll. Ich begründe nun, warum die SVP diese Minderheitsanträge ablehnt und der bundesrätlichen Fassung zustimmen kann, auch wenn wir für den Gewässerschutz weiterhin voll eintreten.

Wohl sind zurzeit erst zwei Drittel aller Einwohner der Schweiz an eine Kläranlage angeschlossen. Dennoch wurden in der Schweiz bis heute 15 Milliarden Franken für kommunale Abwasserreinigung aufgewendet. Es werden nochmals 10 Milliarden Franken investiert werden müssen, bis die Erfordernisse gemäss dem Gewässerschutzgesetz von 1971 erfüllt sind. Aber das bis 1981 zu verlangen, ist so wirklichkeitsfremd, wie wenn wir ins Gesetz schreiben wollten, die Bundesschulden müssten bis Ende 1982 abgetragen sein. Der Fristverlängerung müssen wir daher zustimmen, sonst erfüllen wir unsere Aufgabe als ernstzunehmende Gesetzgeber nicht.

Wenn aber noch derart viel zu tun ist, versteht man nicht ohne weiteres, warum der Bund ab 1983 jährlich bis zu 35 Millionen Franken weniger Förderungsmittel bereitstellen kann, ohne dem Gewässerschutz zu schaden. Bezogen auf die für 1980 budgetierten 185 Millionen Franken, die ja auch noch der linearen zehnprozentigen Kürzung unterliegen, würde das eine Einbusse von 25 Prozent bedeuten. Ich bin daher, auch im Auftrag unserer Kommission, der Frage nachgegangen, ob nicht in Artikel 33 Absatz 3 der Mindestansatz von 15 Prozent für Bundesbeiträge zu senken beziehungsweise aus dem Gesetz heraus in die Verordnung zu verlagern sei, damit nicht entsprechend weniger Abwasserreinigungsanlagen zum Bau freigegeben würden; denn – und das ist eine Erscheinung, die wir auf Schritt und Tritt erleben – wenn wohl der Bund die Gesamtsumme seiner Beiträge kürzt, nicht aber die Subventionssätze, dann wirkt seine Kürzungsmassnahme für das gesamte Investitionsvolumen verzögernd. Nun zahlt hier aber der Bund noch jährlich zirka 30 Millionen Franken Subventionen an Anlagen, die vor Inkrafttreten des Gewäs-

erschutzgesetzes erstellt worden sind. In zwei bis drei Jahren ist er mit dem Abzahlen dieser alten Hypothek zu Ende, so dass der im Sparpaket 1980 vorgesehene Kürzungsbetrag durch Wegfall dieser Rückzahlungen gemäss Artikel 44 in den Uebergangsbestimmungen des Gewässerschutzgesetzes abgelöst wird. Aus diesem Grunde können wir den Mindestansatz so belassen, wie er bisher festgesetzt war.

Ein zweiter Grund, warum wir dieser Gesetzesänderung nach bundesrätlicher Fassung zustimmen wollen, liegt darin, dass der Grundsatzartikel 17 für die Abwasseranierung dahin erweitert wird, dass auch andere Systeme als nur die zentralen Abwasserreinigungsanlagen, die sogenannten ARAs, zugelassen werden. In der Schweiz sind bis heute rund 800 ARAs gebaut worden. Diesem bisherigen Zwang zu zentralen Abwasserreinigungsanlagen hatten aber die Nachteile der Grosstechnologie an. Diese haben dazu geführt, dass schätzungsweise 20 000 Kilometer Kanalisationen gebaut worden sind. Das darin abfließende Wasser fehlt den natürlichen Gerinnen. Je dezentraler daher die Reinigungen erfolgen, desto länger ist eine zusätzliche Nachreinigung des Wassers in den Bachläufen möglich. Die Anlagen werden auch billiger, wenn die abwassertechnische Erschliessung abgelegener, dünn besiedelter Gebiete nicht mehr von zentralen ARAs aus erfolgt. Daher gehört das Neuüberdenken eines Konzeptes aus den frühen siebziger Jahren auch zu den sinnvollen Sparmassnahmen, denn diese Gesetze sind noch im Machbarkeitsrausch entstanden. «Werfen wir genug Geld darauf, dann ist auch dieses Umweltproblem gelöst», war die Idee jener Zeit. Heute sollten Nutzen- zu Kostenkriterien die bisherige Vorstellung des vollständigen Einwohneranschlusses ablösen oder ergänzen. Emissionsseitig, also abgabeseitig, sind die Kriterien vom Grad der Schädlichkeit und abgegebenen Schadstoffmenge abhängig; Immissionsseitig, d. h. aufnahmeseitig, vom Verhältnis der Schmutzstoff-Fracht zur Wasserführung des Vorfluters.

Nachdem ich hier Grundsätzliches zum Gewässerschutz sage, möchte ich kurz auf die Neuverteilung dieser Aufgaben zwischen Bund und Kantonen hinweisen, denn sie stehen im Zusammenhang mit der Finanzierung. Entsprechend den Prinzipien des Umweltschutzgesetzes müssten doch auch hier längerfristig die Kosten nach dem Verursacherprinzip mittels Kausalabgaben gedeckt werden. Diese müssten sich nach Art und Menge der in die Kanalisation oder ins Gewässer eingeleiteten Schmutzstoffe richten. Kausalabgaben sind marktgerechter als starre Emissionsgrenzwerte. Aus solchen durch Gemeinden und Kantone zu erhebenden Anschluss- und Schwemmgebühren sind die öffentlichen Gewässerschutzanlagen zu bauen und zu betreiben. Längerfristig sollten die Bundesbeiträge sich auf Forschung und Entwicklung und die Gesamtüberwachung des Gewässerschutzes beschränken.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass mit differenzierteren Methoden und begrenzten Finanzmitteln wirksamerer Gewässerschutz möglich ist, als wenn er ausschliesslich nach bisherigem Konzept weitergebaut und weiterfinanziert wird. Die bundesrätliche Gesetzesänderung ist dazu ein guter Anfang, dem wir zustimmen sollten.

Günter: Persönlich habe ich mit gewissen Teilen des Sparpaketes etwas Mühe; wenn ich an die über 50 Milliarden Aufwertungsgewinne bei unserem Gold denke, gelüstet mich manchmal nach einer Schere, um das Sparpaket etwas aufzuschneiden.

Beim Punkt F aber, beim Gewässerschutz, bin ich mit Freude bei der Version des Bundesrates, und ich spreche hier auch im Namen der Fraktion. Der Gewässerschutz liefert seit Jahrzehnten mit Regelmässigkeit Riesenprojekte, die ebenso regelmässig Hunderte von Millionen Franken von Bund und Kantonen verschlingen. Wir sind froh über das bisher beim Gewässerschutz Geleistete. Aber man kann sich des Eindrucks nicht ganz erwehren, dass nun je länger, je mehr schweizerischer Superperfektionis-

mus getrieben wird, der allmählich mehr der Sanierung von Tiefbaufirmen als dem Umweltschutz dient. Es trifft zudem häufig Kleinere härter als Grossverschmutzer. Wenn einsame Höfe, abgelegene Siedlungen und Kleinsiedlungen mit kilometerlangen Leitungen an Abwasserreinigungsanlagen angeschlossen werden, wenn Fäkalien reichlich mit Trinkwasser verdünnt über weite Distanzen bergauf und bergab gepumpt werden, um mit Waschmaschinenabwässern und giftigen Industrieabflüssen vermischte zu werden, muss man sich schon fragen, ob dies noch Umweltschutz ist. In der ARA muss dann das Ganze mühsam mit viel Energieaufwand getrocknet, gereinigt und sterilisiert werden, und der anfallende Klärschlamm enthält zuletzt so viele Schwermetalle, dass man sich fragt, ob nicht Schäden entstehen, wenn er zur Düngung verwendet wird.

Ich begrüße die Denkpause, die sich daher jetzt ankündigt, vor allem aus Umweltschutzgründen. Dass wir dabei noch sparen, ist für mich eine erfreuliche Nebenentwicklung. Wenn man den Katalog der kommenden Ausstellung «Pro aqua, pro vita» in Basel durchblättert, fällt auf, dass sich offenbar immer mehr günstige Methoden der dezentralen umweltfreundlichen und energiesparenden Fäkalienbeseitigung anbieten. Es entsteht der Eindruck, dass neue, ungeahnte Wege der Problemlösung sich eröffnen. Die unabhängige und evangelische Fraktion begrüsst deshalb die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen, gerade aus Umweltschutzgründen. Die Fraktion prüft zurzeit die Möglichkeit einer Motion, mit welcher diese neuen umweltfreundlichen und kostengünstigen Technologien gefördert werden können, um die sich anbahnende Entwicklung zu beschleunigen. Aus Umweltschutzgründen werden wir daher die vom Bundesrat vorgeschlagene Fassung von Artikel 16 und 17 unterstützen.

Stucky: Wir rutschen von einer Finanzdebatte mehr und mehr in eine Gewässerschutzdebatte, worüber ich keineswegs betrübt bin. Allerdings möchte ich mich hier nicht mehr über die Gewässerschutzseite länger auslassen, das haben die Herren Basler und Günter jetzt gemacht. Ich schliesse mich ihren Überlegungen voll an.

Ich möchte mich lediglich darauf beschränken, zu den Anträgen der beiden Minderheiten Stellung zu nehmen. Die Eidgenössische Gewässerschutzkommission, der ich früher angehörte, hat schon vor Jahren festgestellt, dass diese Zehnjahresfrist, die wir im Gesetz haben, ein gewisses Hindernis im gezielten Einsatz der vorhandenen Mittel darstellt. Der Grund liegt darin, dass Kantone und Gemeinden gehalten sind, die grossen Verschmutzungsquellen genauso zu behandeln wie die Versickerungen. Das hat zum Teil zu merkwürdigen Sanierungen geführt. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das mir bekannt ist: Man hat eine Alp für 2 Millionen Franken saniert. Auf dieser Alp sind während dreier Monate etwa 100 Kühe und drei Sennen. Da sehen Sie, wie unadäquat Mittel aufgewendet worden sind, währenddem wir Agglomerationen haben, wie die Stadt Basel, die lange Zeit überhaupt keine Abwasserreinigung hatten.

Die Kantone waren einfach gezwungen, möglichst wo es gerade ging, zu sanieren, ohne Prioritäten zu schaffen. Jetzt haben wir den Vorschlag, dass wir die Frist erweitern, dass wir das Konzept neu überlegen können, dass wir Prioritäten setzen dort, wo die grossen verschmutzten Quellen sind, und dass wir differenziertere Methoden einsetzen können. Der Gewässerschutz wird damit nur verstärkt. Deshalb schliesst sich auch die Fraktion der FDP dieser verlängerten Frist an.

Ich möchte noch Herrn Schmid antworten, der gemeint hat, dass ja keine Mehrarbeit entstehe mit dem Vorschlag, dass die Kantone ein Gesuch stellen sollen, wenn sie mit der Zehnjahresfrist nicht auskommen, dass dann die Gesuche quasi gleichzeitig behandelt werden können mit den übrigen Planunterlagen. Dem ist praktisch nicht so, da irrt sich Herr Schmid. Herr Schmid, der Kanton oder die Ge-

meinde gibt die Planunterlagen erst dann ein, wenn sie so weit vorbereitet sind, dass der Bund eine Subvention sprechen kann. Sie verlangen aber etwas anderes, sie verlangen nämlich ein Gesuch und eine Begründung, warum man etwas nicht machen kann; das sind zwei ganz verschiedene Sachen. Also würden die Kantone und die Gemeinden in nächster Zeit ihre Zeit damit verbringen, solche Gesuche zu schreiben, statt dass sie sich an die Planung des Gewässerschutzes einzelner Projekte machen können. Das ist doch ein Leerlauf. Ich habe Ihnen ja gesagt: Sowohl beim Kanton wie vor allem beim Bund können Sie eine neue «Sektion Leerlauf» eröffnen. Denn auch der Bund muss ja dann all diese Gesuche prüfen. Und den Bundesbehörden wird nichts anderes übrigbleiben, als alle Gesuche mehr oder minder so zu akzeptieren. Was kann der Bund anderes machen? Er ist ja nicht der Vollziehende, sondern das sind die Gemeinden und die Kantone. Es ist doch sinnlos, dass wir einen solchen Leerlauf aufziehen. Wir sollten vielmehr alle Kraft, auch personell, darauf verwenden, dass wir möglichst umgehend am richtigen Ort mit der richtigen Methode Gewässerschutz betreiben. Deshalb bitte ich Sie, die beiden Minderheitsanträge abzulehnen und dem Mehrheitsantrag zuzustimmen.

Kaufmann, Berichterstatter: Ich befinde mich in der angenehmen Situation, dass die Kommissionsmehrheit durch die Einzelsprecher Basler, Günter und Stucky unterstützt worden ist und dass die wesentlichen Argumente hier bereits genannt worden sind. Ich bin vor allem Herrn Günter dankbar, dass er auch auf den Artikel 17 Bezug nahm. Artikel 16 und 17 hängen zusammen. Die Erstreckung um diese fünf Jahre wird nicht zuletzt mit Rücksicht auf die neuen Entwicklungen und Entdeckungen gemacht, die uns umweltfreundlichere und dezentralisiertere Reinigungsanlagen bringen werden.

Es findet jetzt eine grosse Schlacht statt über diesen Artikel 16. Aber ich habe die Auffassung, diese Schlacht ist eigentlich ein Hornberger Schiessen. Um was streiten wir eigentlich? Bundesrat und Kommissionsmehrheit möchten die Frist für die Abwasserreinigung von 10 auf 15 Jahre erstrecken, d.h. die Abwasserreinigung sollte statt am 1. Juli 1982 am 1. Juli 1987 beendet sein. Hornberger Schiessen weshalb? Was passiert denn, wenn Sie irgendeiner Minderheit zustimmen? Nichts! Die Kantone, die Gemeinden und die Korporationen erhalten nämlich die Subventionen vom Bund dennoch, auch wenn sie die Abwasserreinigung erst im Jahre 1983, 1984 oder 1985 vornehmen. Ich glaube nicht, Herr Carobbio, dass das Tessin und seine Gemeinden auf die Bundessubventionen verzichten wollen, wenn die Anlagen am 1. Juli 1982 noch nicht erstellt sind. Höchstens kann es sich darum drehen, dass wir einen gewissen Druck durch die Gesetzesbestimmung auslösen. Aber der Druck über die Subventionen wäre wesentlich stärker. Und wenn man es hier nun ernst nimmt mit Herrn Schmid und Herrn Carobbio, dann müsste man eigentlich sagen: Wenn diese Abwasserreinigungen bis zum 1. Juli 1982 nicht erstellt sind, dann gibt es auch keine Subventionen mehr vom Bund, und das will, wie gesagt, niemand. Ich glaube, schon aus diesem Grunde können Sie der Mehrheit zustimmen.

Zum anderen – das ist die letzte Bemerkung –: Der Vorschlag der Mehrheit ist auch ehrlicher. Wir wissen ganz genau, dass diese zwei Jahre, die wir noch zur Verfügung haben, in vielen Kantonen nicht eingehalten werden können, gerade auch was das Versickerungsproblem anbetrifft. Nun scheint es mir korrekter zu sein, wenn wir diese Fristen, diese fünf Jahre, den tatsächlichen Gegebenheiten anpassen und nicht auf diesem Verfalldatum vom 1. Juli 1982 beharren. Mit den Herren Basler, Günter und Stucky beantrage ich Ihnen namens der Kommissionsmehrheit Ablehnung beider Minderheitsanträge.

M. Barchi, rapporteur: L'article 16 de la loi sur la protection des eaux prévoit un délai de dix ans pour l'exécution

des ouvrages. Les exigences légales quant à l'assainissement de tous déversements – cela peut être constaté – ne pourront pas être satisfaites jusqu'en 1982, c'est-à-dire dans le délai de dix ans. Ceci est une réalité, si bien que l'on peut dire que, dans cette optique de la protection des eaux, la prolongation du délai, comme proposée par le Conseil fédéral, n'entraîne aucun inconvénient sérieux mais permet de faire des économies non négligeables.

M. Carobbio a surtout fondé sa proposition sur l'argument que ce seront les régions périphériques – dont le Tessin par exemple – qui subiront un préjudice du fait de cette prolongation du délai. En vérité, Monsieur Carobbio, je ne le crois pas. Vous avez précisé un détail tout à fait juste, c'est qu'il y a un décalage entre l'assainissement des régions périphériques et celui des grandes agglomérations. Certes, les travaux d'assainissement des régions périphériques sont moins avancés, mais ce décalage n'aura aucun effet quant à une éventuelle accumulation de ces mêmes travaux dans les deux prochaines années. Ainsi, je ne crois pas que le canton du Tessin pourrait, dans ces deux années, réaliser tous ses travaux; normalement, lui aussi a besoin de disposer d'une période bien plus longue. C'est pourquoi la prolongation du délai à quinze ans n'aura pas l'effet de retarder les programmes. Telles sont les raisons qui m'amènent à vous recommander de rejeter soit la proposition de M. Carobbio, soit celle de M. Schmid.

Je voudrais encore souligner que le rythme des travaux dans les régions périphériques suivra son cours normal, selon les programmes qui ont été préparés dans ces régions. Aucun préjudice ne se produira, c'est pour cela que la majorité est de l'avis qu'il faut adopter tel quel le texte du Conseil fédéral.

Abstimmung – Vote

Eventuell – A titre préliminaire

Für den Antrag der Mehrheit	88 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit I	33 Stimmen

Definitiv – Définitivement

Für den Antrag der Mehrheit	91 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit II	18 Stimmen

Art. 17 Abs. 1 letzter Satz

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 17 al. 1 dernière phrase

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 33 Abs. 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Cumberg

Abs. 3

Die Beiträge sind namentlich nach der Finanzkraft der Empfänger, nach der Art...

... Sie betragen mindestens 13,5 Prozent, höchstens aber...

Art. 33 al. 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Cumberg

Al. 3

Les subventions seront en particulier calculées selon la capacité financière des bénéficiaires, la nature...

... Elles ne seront pas inférieures à 13,5 pour cent et...

Cumberg: Ich habe zwei Anliegen. Das erste betrifft die lineare Kürzung. Gemäss Antrag des Bundesrates sollen alle Bundesbeiträge möglichst überall linear um 10 Prozent gekürzt werden. Die Beitragssätze im oberen Bereich sind wohl um 10 Prozent reduziert worden, nämlich von 50 auf 45 Prozent, der Mindestansatz bleibt jedoch nach wie vor auf 15 Prozent. Dies widerspricht dem Grundsatz der Solidarität und der Opfersymmetrie. Die finanzschwachen Gemeinwesen werden bestraft, während die finanzstarken unbehelligt bleiben. Prinzipiell sollte es gerade umgekehrt sein. Aus Gründen der Gleichbehandlung müssen demnach auch die Mindestansätze gekürzt werden. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, den in Artikel 33 Absatz 3 enthaltenen Mindestansatz von 15 Prozent auf 13,5 Prozent herabzusetzen.

Und nun zum zweiten Anliegen: Der Bundesrat hat immer wieder erklärt, mit den Sparmassnahmen wolle man lediglich die Bundesausgaben herabsetzen. Es ist deshalb unstatthaft, in diesem Zusammenhang Systemänderungen möglichst unbemerkt durchsetzen zu wollen. «Unbemerkt» sage ich deshalb, weil dieses Problem im Ständerat überhaupt nicht erörtert wurde, und meinen Erkundigungen nach auch in der vorberatenden Kommission des Nationalrates nicht diskutiert worden ist. Bisher sind die Bundesbeiträge an die Gewässerschutzmassnahmen der Gemeinden und der Gemeindeverbände nach der Finanzkraft des Kantons und zusätzlich der Empfängergemeinden, und zwar aufgrund der Wehrsteuer-Kopfquote festgesetzt worden. Neu soll nur noch die Finanzkraft des Kantons gelten, und die nach einer gleitenden Skala. Mit der gleitenden Skala können wir uns durchaus einverstanden erklären. Hingegen darf auf die Berücksichtigung der Finanzkraft der Gemeinden nicht plötzlich verzichtet werden. Ich weiss, Sie werden einwenden, der Kanton könne dieses Problem intern regeln. Man kann diese Auffassung durchaus vertreten; sie muss aber langfristig realisiert werden. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieser Feuerwehrrückung grundlegende Probleme der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu regeln. Derartige Flurbereinigungen müssen zuerst gründlich geprüft und mit dem Betroffenen erörtert werden.

Die vorgesehene Systemänderung würde bewirken, dass plötzlich alle Gemeinden in einem finanzschwachen Kanton den Maximalansatz von 45 Prozent erhalten würden, unabhängig davon, ob sie finanzstark oder finanzschwach sind, ob sie das Geld brauchen oder nicht. Gerade umgekehrt verhält es sich bei einem finanzstarken Kanton. Dort würden alle Gemeinden nur den minimalen Ansatz von 15 oder 13,5 Prozent erhalten. Gerade vorher hat Herr Stucky von einer Differenzierung gesprochen, und wir sollten diese bisher bestehende Differenzierung nach wie vor beibehalten.

Ein Beispiel kann vielleicht diesen unhaltbaren Zustand am besten beleuchten: Gutsituierte Bündner Gemeinden – wie beispielsweise Arosa, Chur, Davos, St. Moritz – haben bisher einen Bundesbeitrag von 15 Prozent erhalten. Nach dem Vorschlag des Bundesrates würden sie – im Zuge der Sparmassnahmen – nun 36,5 Prozent, d. h. 21,5 Prozent mehr, erhalten. Andererseits werden Gemeinden, die bisher 30 und 40 Prozent erhalten haben, in Zukunft nur noch 15 oder 20 Prozent bekommen. Die Aenderung trifft also in erster Linie die finanzschwachen Gemeinden. Eine sofortige Aenderung der kantonalen Gesetze ist nicht möglich. Nachdem die grossen und finanzstarken Gemeinden ihre Abwässer weitgehend saniert haben, wird es auch politisch schwierig sein, in allen Kantonen Volksabstimmungen durchzuführen, um diese grundlegende, neue Beitragsbemessung zu beschliessen.

Zudem kann man sich fragen, ob es vernünftig sei, eine Systemänderung vorzunehmen, nachdem rund 80 Prozent der Bevölkerung einer Abwasserreinigungsanlage angeschlossen sind. Von der beantragten Systemänderung würden die finanzstarken Gemeinden profitieren; hingegen würden die finanzschwachen Gemeinden benachteiligt.

Das sind gerade jene, die das Problem noch nicht gelöst haben. Eine drastische Reduktion der Subvention würde damit die Weiterführung dieser Massnahmen in Frage stellen. Um eine derart negative Auswirkung und Ungerechtigkeit zu vermeiden, ersuche ich Sie, bei der heutigen Regelung zu bleiben und auf eine Systemänderung zu verzichten, mit Ausschluss der gleitenden Skala.

Die Zustimmung zu diesem Antrag sollte Ihnen um so leichter fallen, als der Bundesrat selbst in der Botschaft ausgeführt hat, diese Systemänderung bringe dem Bund keine Einsparung. Darum rechne ich auch mit der Zustimmung von Herrn Bundesrat Ritschard.

Ich fasse zusammen: Ich widersetze mich der linearen Kürzung nicht, auch nicht der Einführung der gleitenden Skala gemäss Finanzkraft der Kantone, sondern lediglich der Systemänderung, der Ausschaltung der Gemeinden, die bisher eine Komponente bei der Zumessung der Bundesleistungen bildeten.

Kaufmann, Berichterstatter: Der Antrag Columberg lag der Kommission nicht vor. Es ist auch richtig, dass weder der Ständerat, noch die nationalrätliche Kommission sich mit diesem Problem beschäftigt haben. Zur Klarstellung möchte ich festhalten, dass Herr Columberg im Grunde genommen zwei Anträge stellt: Zuerst will er die sogenannte Systemänderung wegschaffen, zum andern reduziert er den Minimalsatz von 15 auf 13,5 Prozent. Es wäre wahrscheinlich sinnvoll, über die beiden Anliegen, die im gleichen Antrag enthalten sind, getrennt abzustimmen.

Zur ersten, wesentlichen Frage: Es ist richtig, dass im Zusammenhang mit diesem Sparpaket Artikel 33 Absatz 3 des Gewässerschutzgesetzes systematisch etwas geändert wurde, indem statt auf die Finanzkraft der Empfänger (nach altem Recht) auf die Finanzkraft der Kantone abgestellt wird. Ich muss aber folgendes beifügen: Einmal wurde, gestützt auf die bisherige Regelung und die bisherige Praxis, bei der Verteilung der Bundesbeiträge neben der Finanzkraft des Kantons immer auch die Finanzkraft der Gemeinde und darüber hinaus natürlich auch jene des Zweckverbandes, der sich in der Regel aus verschiedenen Gemeinden zusammensetzte, berücksichtigt. Sodann bestehen in den meisten Kantonen Regelungen, wonach die Finanzkraft der Gemeinde bei der Verteilung dieser Bundesbeiträge vom kantonalen Recht her berücksichtigt wird. Die von Ihnen angeprangerte Systemänderung hängt mit einer grundsätzlichen Ueberlegung zusammen: Der Bund will grundsätzlich und konsequent seine Beziehungen mit den Kantonen aufrechterhalten und den Kantonen als souveräne Staaten über die Regelung innerhalb ihres Gebietes nicht dreinreden. Er überlässt also die Regelung, wie ein Kanton die Bundesbeiträge im eigenen Gebiet verteilen will, diesem Kanton. Diese Gründe haben dazu geführt, dass der Bundesrat diesen neuen Artikel 33 Absatz 3 vorschlug.

Persönlich habe ich einiges Verständnis für den Antrag Columberg. Ich muss es Ihnen überlassen, ob Sie hier diesem grundsätzlichen Anliegen stattgeben wollen oder nicht.

Sympathisch ist mir der Antrag des Herrn Columberg auf jeden Fall im zweiten Teil. Mir scheint einleuchtend zu sein, wenn wir den Maximalsatz von 50 auf 45 Prozent senken, dass dann auch der Minimalsatz um 10 Prozent gekürzt wird, also auf 13,5 Prozent gesenkt wird. Ich kann Ihnen die Zustimmung zu diesem zweiten Teil des Antrages nicht namens der Kommission geben; persönlich stimme ich ihm aber zu.

M. Barchi, rapporteur: J'aimerais aussi dire à l'adresse de notre président qu'il serait peut-être judicieux de voter, sur la proposition Columberg, en deux fois parce que, finalement, on nous propose deux choses, deux problèmes qui n'ont aucune connexion l'un avec l'autre. Je peux imaginer qu'il y aura certains collègues qui, par exemple, pourraient accepter la proposition de ramener le pourcen-

tage minimal à 13,5 pour cent, tandis qu'ils ne seront pas d'accord d'adhérer à la proposition concernant la suppression du changement structurel ou de système de calcul qui a été proposé par le Conseil fédéral.

J'aimerais traiter du deuxième problème avant tout. Le Conseil fédéral est passé d'une conception à un nouveau système quant au calcul des subventions. Jusqu'à maintenant, le calcul se faisait simplement selon la capacité financière des bénéficiaires et, en l'espèce, on tenait compte de la capacité financière des cantons et des communes. Quant aux communes, le critère était simplement les recettes provenant de l'IDN par habitant. Le Conseil fédéral, d'ailleurs d'entente avec la Conférence des chefs des départements des finances et suivant un vœu qui a été exprimé plusieurs fois, le Conseil fédéral a voulu passer à un nouveau système, à un calcul selon la capacité financière des seuls cantons, c'est-à-dire abandonner la capacité des communes et notamment le critère des recettes de l'IDN par habitant en prévoyant, en outre, une échelle mobile. Pourquoi une échelle mobile? Pour éviter des passages abrupts pour les cantons qui pouvaient passer d'une catégorie à l'autre, par exemple de la catégorie des cantons moyens à la catégorie des cantons économiquement et financièrement forts. Alors, une première réserve, voire une opposition, je me réfère à M. Columberg qui a dit à la fin de son intervention: «Je suis pour l'échelle mobile.» Mais ce n'est pas réaliste d'être pour l'échelle mobile et d'en rester à un critère qui se réfère à la capacité financière des communes, selon la proposition de M. Columberg. En commission, nous n'avons pas traité cette proposition, mais je me suis adressé à des fonctionnaires qui m'ont dit que, si l'on en restait à la capacité financière des communes, il était tout à fait impossible d'appliquer une échelle mobile.

Quels sont les autres arguments de M. Columberg? Il nous dit que dans un exercice pareil, un exercice financier, fiscal, on ne devrait pas faire une «Flurbereinigung», nous ne devrions pas nous occuper de changement du système de calcul, etc. Je serais d'accord avec lui si l'idée était sortie du Conseil fédéral d'un jour à l'autre. Mais ce nouveau principe a été proposé par les chefs des départements des finances. Monsieur Columberg, demain nous traiterons un autre message, celui qui concerne la péréquation financière entre les cantons, là aussi on parlera d'échelle mobile. Pour faire quoi? Pour améliorer le système de péréquation, parce qu'on est confronté maintenant, chaque fois qu'il faut réaliser une péréquation avec les cantons, à des inconvénients, à des injustices. Alors, finalement, c'est une matière qui a été digérée plusieurs fois, elle n'est pas nouvelle. De mon côté, je n'ai aucune crainte qu'on puisse voter un changement du système de calcul dans un arrêté de nature financière. Je crois que, finalement, le système qui a été adopté par le Conseil fédéral est raisonnable et équitable, il va supprimer, éliminer plusieurs inconvénients qu'on a constatés dans la pratique.

Encore un mot, Monsieur Columberg: il n'y a pas seulement des services communaux pour l'assainissement des eaux, il y a aussi des associations de communes, des syndicats intercommunaux. J'entrevois ce nouveau système dans un sens que nous avons souhaité plusieurs fois, celui de la simplification. Pourquoi la Confédération, dont nous disons déjà qu'elle a une bureaucratie excessive, devrait-elle se mêler d'une péréquation intercommunale et faire des calculs à l'intérieur d'un canton ou de plusieurs communes? C'est la force financière du canton qui doit être le barème, qui doit donner un critère. Tout ce qui est compensation, péréquation entre les communes, à l'intérieur d'un canton, doit rester une affaire du canton. C'est pourquoi (je crois que j'interprète aussi la volonté qui est ressortie des discussions de la commission) je ne peux accepter votre proposition quant au changement du système de calcul.

Vous avez fait une deuxième proposition qui vise à réduire aussi le pourcentage minimal qui est prévu pour des subventions pour l'assainissement des eaux. Pour cette proposition, je peux avoir quelque sympathie, exactement comme l'a dit M. Kaufmann avec qui je n'ai, du reste, pas discuté à ce sujet. Ce sont des idées qui nous sont venues après avoir écouté votre intervention qui d'ailleurs était intéressante. Mais là, naturellement, il s'agit d'une décision politique. Il est clair que si l'on réduit ce taux minimal des subventions pour l'assainissement des eaux, on frappera certains cantons forts, comme Bâle pour en citer un. C'est clair, ce sont les intérêts cantonaux qui sont l'un contre l'autre. Les représentants des cantons faibles auront de la sympathie pour votre deuxième proposition.

Bundesrat Ritschard: Herr Columberg hat recht: Sein Antrag hat keine finanziellen Auswirkungen. Artikel 33 Absatz 3 ist im Einvernehmen mit dem Departement des Innern ins Sparpaket aufgenommen worden. Bis jetzt – das ist bereits gesagt worden, ich wiederhole es nur – wurden die Beiträge an den Gewässerschutz abgestuft nach der Finanzkraft der Kantone und der Finanzkraft der Gemeinden, und zur Bestimmung der Finanzkraft der Gemeinden diente die Wehrsteuernkopffquote, die indessen mehr und mehr problematisch geworden ist. Einzelne Steuerzahler können diese Kopffquote in einer Region wesentlich beeinflussen, und mit der periodischen Erhöhung der Freigrenzen bei der Wehrsteuer hat diese Kopffquote ohnehin ihre Aussagekraft verloren. Das ist das eine Argument.

Das andere Argument, warum dieser Artikel aufgenommen wurde, beruht auf der Reklamation der Kantone, der Bund greife mit seinen Abstufungen in die kantonale Finanzhoheit ein. Deshalb hatten die Kantone interveniert und die Abschaffung des Kriteriums der Wehrsteuernkopffquote gefordert. Deshalb wurde diese Bestimmung aufgenommen. Es soll damit eine gerechtere Verteilung dieser Gelder erfolgen können.

Präsident: Wir bereinigen Artikel 33 Absatz 3. Der Kommissionspräsident, Herr Kaufmann, hat den Wunsch geäußert, man möge über den Antrag Columberg in zwei Abstimmungen entscheiden. Ich akzeptiere diesen Wunsch und lasse in einer ersten Abstimmung darüber befinden, ob das Wort «Kantone» durch «Empfänger» ersetzt werden soll. – Sie sind damit einverstanden.

In einer zweiten Abstimmung würden wir dann den Minimalansatz für die Abwasseranlagen festlegen. 15 Prozent werden vom Bundesrat vorgeschlagen; 13,5 Prozent schlägt Herr Columberg vor.

Erste Abstimmung – Premier vote

Für den Antrag des Bundesrates	54 Stimmen
Für den Antrag Columberg	63 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

Für den Antrag des Bundesrates	25 Stimmen
Für den Antrag Columberg	93 Stimmen

Ziff. II und III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II et III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes	116 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

G

Tierseuchengesetz (TSG)

Loi sur les épizooties (LFE)

Antrag der Kommission

Eintreten

Antrag Risi-Schwyz

Nichteintreten

Proposition de la commission

Entrer en matière

Proposition Risi-Schwyz

Ne pas entrer en matière

Risi-Schwyz: Es ist nicht etwa Sturheit noch Unverständnis, dass ich hier einen Nichteintretensantrag stelle, sondern ich tue es aus echter Sorge um die Zukunft der Tierseuchenbekämpfung. Bei dieser Gesetzesrevision geht es um die Grundsatzfrage, ob der Bund seine bisherige finanzielle Mithilfe bei der Tierseuchenbekämpfung weiterführen soll oder nicht, und nicht zuletzt geht es um die Frage, ob wir den Beiträgen an die Tierseuchenbekämpfung den Charakter von Bagatellsubventionen zumessen wollen. Wir haben es hier also mit einem finanziellen Problem zu tun.

Aus meiner Sicht handelt es sich hier aber noch weit mehr um eine fachlich-seuchenpolizeiliche Angelegenheit. Eine getrennte Beurteilung ist meines Erachtens nicht möglich, und so ergibt sich für den Fachmann ein Zwiespalt zwischen der grundsätzlichen Bejahung des Sparens und der Durchsetzbarkeit der seuchenpolizeilichen Massnahmen. Es sind denn auch die tierärztlichen Kreise – die Kantons-tierärzte fast *uni sono* – besorgt um die Durchsetzbarkeit der Massnahmen, und die Mehrheit der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren und Finanzchefs mehr und mehr beunruhigt durch die finanziellen Auswirkungen im Seuchenfall. Ich stelle hier die Behauptung in den Raum, dass im Seuchenfall die Kantone finanziell, nebst den anderen Aufgaben, die sie zu bewältigen haben, nicht in der Lage wären, diese Ausgaben selber zu verkraften. Wir leben gegenwärtig in einer Seuchensituation der IBR-IPV, und ich bin gespannt, was in ein bis zwei Jahren die hier anwesenden Vertreter der grossen Flachlandkantone zu den Kosten sagen werden, die ihnen aus der relativ starken Verseuchung in ihrem Gebiete erwachsen werden.

Es wird heute von 9 Millionen Franken gesprochen, einer Zahl, die aus einer Zeit stammt, als wir zum Glück keine eigentlichen Seuchen zu bekämpfen hatten. Diese 9 Millionen entstanden überwiegend aufgrund von Präventivmassnahmen, zur Hauptsache von Schutzimpfungen. In einem Seuchenfall kann dieser Betrag erheblich überschritten werden.

Nun bin ich ja nicht für ein Ausbrechen aus dem Sparpaket. Eine zehnprozentige Kürzung auch dieses Bereiches ist für mich selbstverständlich. Ich gehe noch weiter: Ich bin grundsätzlich auch einverstanden mit der Uebertragung der Kosten der Präventivmassnahmen, wenn ich so sagen darf, Schutzimpfungen, Laborkosten usw., also des hier anvisierten Betrages von 89 Millionen Franken an die Kantone. Die Entschädigungen jedoch für die Tiere, die ein Landwirt aufgrund von seuchenpolizeilichen Entscheidungen schlachten muss, hat jedoch auch der Bund als Schadendeckung mitzutragen, einmal weil diese Deckung im Seuchenfall die Finanzkraft der meisten Kantone übersteigt, und andererseits weil diese Mithilfe im Verfassungsauftrag begründet ist. Nun werden Sie sagen, dies sei in der ständerätlichen Fassung beinhaltet. Lesen Sie einmal den Artikel 38 der ständerätlichen Fassung, und Sie werden sehen, wie sehr er nach einem Gummiparagraphen aussieht! Müssen die Kantone jeweils fast die Hosen herunterlassen, damit der Bund sehen kann, wie tief sie im Schlamm stehen? Dieser Artikel müsste klarer und eindeutiger aussehen.

An einer Kantonstierärztekonzferenz wurde diese Gesetzesänderung als Unsinn bezeichnet, nicht in erster Linie aus finanziellen Überlegungen heraus, sondern weil man beim totalen Rückzug der Bundesleistungen die Durchsetzbarkeit bezweifelt. Der Bundesrat selbst zweifelt ja in diesem Punkte, und er sah sich gezwungen, in Artikel 59a eine Ersatzvornahme einzubauen, die den Bundesbehörden das Recht gibt, anstelle kantonalen Organe in den Vollzug der Kantone einzugreifen. Wir schaffen also Notrecht im ordentlichen Recht.

Die tierseuchenpolizeilichen Massnahmen müssen rasch, gezielt, wirksam eingesetzt werden. Die Bekämpfung im Seuchenfall darf keine Kantons Grenzen kennen, und die Wirksamkeit darf nicht durch allzu starke Rücksichtnahme auf die finanziellen Gegebenheiten einzelner Kantone gehemmt werden. Gerade letzteres spricht gegen die alleinige finanzielle Belastung der Kantone, weil aus diesem Grund ein rasches und koordiniertes Vorgehen in Frage gestellt wird. Leider haben wir schon heute bei der Bekämpfung der IBR-IPV-Seuche einen Zustand, wie er künftig gang und gäbe sein wird. Unter dem Druck der schlechten Bundesfinanzen werden die tierseuchenpolizeilichen Entscheide des Veterinäramtes blockiert und die Entscheide weitgehend den Kantonen überlassen. Die Bekämpfung der erwähnten Seuche wird in den einzelnen Kantonen derart verschieden angegangen, dass einem die Haare hin und wieder zu Berge stehen könnten. Kantone, die im Begriffe sind, die Seuche zu tilgen, stehen jenen gegenüber, die praktisch nichts machen. Beim heutigen regen Tier-, Waren- und Menschenverkehr ist eine wiederholte Reinfektion der sanierten Gebiete zu befürchten. Die Uneinheitlichkeit im Vorgehen von Kanton zu Kanton führt zu Schäden in der ganzen Viehwirtschaft. In Zukunft werden wir es erleben müssen, dass von Kanton zu Kanton verschieden entschädigt wird, je nach Finanzlage des betreffenden Kantons.

In der überwiegenden Zahl der Fälle werden die Tierseuchen vom Ausland eingeschleppt. Vermehrt wird sich hier die Frage der Verantwortlichkeit stellen. Eine Situation wie sie vor einigen Jahren als Folge von Transits transporten von Schweinen entstanden ist, wo entlang der Gotthardroute massiv Maul- und Klauenseuche ausbrach, werden die Anliegerkantone auch in Zukunft nicht geneigt sein, selber zu berappen.

Die schweizerische Tierseuchenbekämpfung geniesst internationale Anerkennung. Wir stehen in der Bekämpfung und Tilgung von Tierseuchen an der Spitze der Welt. Das gegenwärtige System der Verteilung der Schadendeckung auf verschiedene Schultern, ganz besonders auch unter dem Gesichtspunkt des Verursachers durch Import, hat sich bewährt. Unterstellen wir die Tierseuchenbeiträge der linearen Kürzung und regeln wir die Beitragsleistungen des Bundes in der Aufgabenteilung Bund/Kanton im Sinne meiner Ausführungen! Ich beantrage Nichteintreten, um so mehr als es hier um eine Dauerlösung geht, und die sollte meines Erachtens ausgewogen sein.

M. Tochon: Le Conseil fédéral propose la suppression des subventions fédérales en faveur de la lutte contre les épizooties. L'économie est estimée à quelque 9 millions de francs par année. Je dis bien «estimée» car, ainsi que le Conseil fédéral le rappelle dans son message, ces dépenses peuvent s'élever certaines années jusqu'à 18 millions. C'est précisément en raison de ces fluctuations possibles que je reste convaincu que de telles économies sont en réalité des économies de bouts de chandelle.

La lutte contre les épizooties est et devrait rester une tâche nationale, fédérale. Le Conseil fédéral ne s'y est d'ailleurs pas trompé puisque, devant la crainte d'une exécution défailante de la part des cantons, avec les risques qu'elle comporte, c'est-à-dire l'extension rapide et dangereuse d'une épizootie, il a renforcé la législation en la matière en y introduisant, à l'article 59a, un 2e alinéa ainsi libellé: «L'Office vétérinaire fédéral arrête, s'il y a lieu, les mesures requises en lieu et place des organes d'exécution

défaillants des cantons.» Autrement dit, le Conseil fédéral, tout en ayant l'air de défendre le fédéralisme, ne fait que renforcer son emprise sur les cantons et le comble, en les obligeant à payer seuls les exigences fédérales en matière de lutte contre les épizooties.

Voyons maintenant la réalité des faits, sur le terrain, si je puis dire. Si demain, par exemple, une nouvelle épidémie de fièvre aphteuse éclate dans notre pays chez les ongulés, bovins en particulier – je vous signale qu'un foyer d'infection s'est déclaré la semaine dernière dans l'Emmental et qu'il a fallu éliminer 39 bovins et 25 porcs – le canton touché devra prendre des mesures exceptionnelles en vue de lutter contre son extension: abattage d'animaux, vaccinations massives, mises sous séquestre, etc. Toutes ces mesures obligatoires, imposées par la Confédération afin d'épargner si possible le reste du pays, qui devront être prises rapidement, auront des incidences financières importantes pour les cantons et surtout pour le canton le premier touché. Est-il juste que ce dernier doive supporter seul les frais de cette lutte, frais qui peuvent atteindre des milliers, voire des centaines des milliers de francs, et cela pour préserver le territoire d'autres cantons voisins, voire de tout le pays? En définitive, qui paiera la facture? Quand on connaît les difficultés financières auxquelles sont en butte certains cantons, non seulement la lutte contre l'épizootie risque de ne pas être entreprise sérieusement, mais ne demandera-t-on pas aux propriétaires de bétail d'assumer ces dépenses. Etant donné les difficultés dans lesquelles se débattent actuellement ces derniers: contingentement laitier, surproduction de viande et j'en passe! De nouvelles charges leur seraient insupportables; d'autant plus que, comme M. Risi vient de le relever, nous avons tout lieu de craindre dans un proche avenir l'extension d'une nouvelle épizootie qui atteint déjà certains agriculteurs depuis quelques années, l'IBR-IBV. Le coût des mesures préventives instituées en vue d'éviter son extension et celui de l'élimination des bêtes atteintes pourraient augmenter dans des proportions considérables.

Enfin, en plus du problème financier se pose celui de la coordination de la lutte contre les épizooties, qui est au fond la base d'une action sensée dans ce domaine. La coordination sera-t-elle réellement efficace si les cantons prennent des mesures en ordre dispersé? J'en doute fort. Une telle économie n'en est en fin de compte pas une si l'on considère les risques que pourrait courir tout le cheptel bovin, ovin, caprin et porcin de notre pays lors de l'apparition d'une grave épizootie. C'est pourquoi nous vous demandons de soutenir la proposition d'amendement de notre collègue Risi et de refuser l'entrée en matière.

On nous rétorquera que, si l'on commence à s'opposer à la suppression de subventions même relativement modestes, on déclenche une réaction en chaîne et tout le paquet d'économies pourrait capoter. Je répondrai à cette objection que, si le Conseil fédéral avait eu une information objective, basée en particulier sur des données scientifiques, il n'aurait pas proposé ce projet aux Chambres car il va à l'encontre de toute action raisonnée et raisonnable dans le domaine de la lutte contre l'extension dangereuse des épizooties quelles qu'elles soient. Preuve en est le fait que, même sur le plan international, on s'efforce de coordonner les moyens mis en œuvre sur le plan de la lutte contre les épizooties. Si une grave épizootie devait se déclarer sur le territoire européen, le Conseil fédéral se verrait dans l'obligation d'intervenir afin non seulement de protéger notre territoire national, mais encore de coordonner la lutte avec d'autres pays.

En conclusion, nous pensons que des économies sont souhaitables, mais encore faut-il les choisir de telle façon qu'elles ne risquent pas de déboucher au contraire sur une augmentation des dépenses. Par sa proposition de suppression des subventions fédérales en faveur de la lutte contre les épizooties, le Conseil fédéral a choisi à mon avis une voie de facilité parce qu'il ne tient pas compte des conséquences, parfois catastrophiques, que

cette décision pourrait entraîner. Encore une fois, je vous invite à vous opposer à l'entrée en matière.

M. Crevoisier: Je soutiens la proposition de non-entrée en matière présentée par notre collègue Risi, guidé en cela par un principe à mes yeux fondamental: je m'oppose en effet à ce que la Confédération se décharge sur d'autres de dépenses qui découlent d'un devoir de solidarité, en particulier d'un devoir de solidarité intercantonale. D'autre part, la lutte contre les épizooties n'intéresse pas que les agriculteurs, contrairement à ce que pensent certains. Il s'agit d'une tâche générale qui relève de l'hygiène publique et qui concerne par conséquent l'ensemble de la population.

La suppression des subventions fédérales en faveur de la lutte contre les épizooties ne manquerait pas de mettre sérieusement en péril, ou à tout le moins de diminuer gravement, l'efficacité du système actuel de lutte contre les épizooties, qui a fait ses preuves. Compte tenu du fait qu'une coordination et une certaine surveillance de la Confédération se sont incontestablement révélées être de bonne politique en cette matière, on peut raisonnablement craindre que les mesures d'économies envisagées ne rendent difficile, voire impossible, l'exécution par le pouvoir fédéral de ces tâches, attendu que les cantons, livrés à eux-mêmes, en l'absence de la manne fédérale, ne se laisseraient plus dicter sans autre des mesures de lutte en cas d'apparition d'épizooties. Cet état de fait ne manquerait pas d'engendrer à coup sûr des situations anarchiques quant aux moyens de lutte et d'entraîner des divergences intercantionales, notamment lorsque l'épizootie s'étend sur plusieurs cantons. D'un autre côté, il est à prévoir que les cantons auxquels incomberait désormais seuls la prise en charge des frais de lutte contre les épizooties devraient exiger des agriculteurs des contributions qui seraient certainement très fortes, voire insupportables dans les cantons économiquement faibles. L'agriculture étant déjà en proie dans ces cantons à d'autres difficultés graves du fait notamment du contingentement laitier et des difficultés d'écoulement du bétail en zone de montagne, le moment paraît mal choisi pour lui faire supporter encore l'effet indirect d'une réduction, voire de la suppression des subventions fédérales en faveur de la lutte contre les épizooties. Comme l'a dit M. Tochon, il ne serait par exemple pas normal de faire supporter l'ensemble des frais de la lutte à un canton frontalière comme le Jura, Neuchâtel ou le Tessin, en cas d'apparition d'une épizootie grave dont on pourrait prouver l'origine étrangère. Le canton concerné devrait en effet prendre en charge la totalité des inconvénients et des frais de la lutte afin d'empêcher la propagation de telles maladies sur le reste du territoire suisse.

Relevons enfin et en résumé que si l'on peut comprendre le souci des autorités fédérales d'équilibrer les finances de la Confédération, en redéfinissant ses tâches et celles des cantons, on peut estimer qu'il est faux de porter en l'espèce atteinte à un système éprouvé qui voit la Confédération et les cantons unir leurs efforts, notamment financiers, en vue de lutter de manière efficace et coordonnée contre les épizooties. Abandonner ce soin aux seuls cantons serait à n'en pas douter un sérieux pas en arrière qu'il convient à tout prix d'éviter.

Au vu de ce qui précède, il est nécessaire de tout entreprendre pour que le système actuel de lutte contre les épizooties puisse être maintenu à l'avenir dans l'intérêt de la santé des animaux domestiques, mais plus encore et surtout, pour la santé de l'homme.

Frau Eppenberger-Nesslau: Ich bitte Sie, den Antrag Risi zu unterstützen, obwohl ich als Ostschweizerin und damit ja bekanntlich pathologisch sparsam das Sparpaket nicht gern durchlöchert sehe. Ich möchte die Ausführungen der Tierärzte, mit Ausnahme von Herrn Crevoisier, als Frau, die dieser Berufsgruppe nahesteht, um einige fachliche Aspekte ergänzen. Sie zielen zwar vielleicht in eine etwas andere Richtung.

Es scheint mir ein sehr gefährliches Unternehmen, aus finanziellen Überlegungen die Verantwortung in der Seuchenbekämpfung auf die Kantone abwälzen zu wollen. In der Tierseuchenbekämpfung führen nur grossräumige, konsequente und nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführte Massnahmen zum Erfolg. Ich erinnere daran, dass die für den Menschen gefährlichen Krankheiten wie Tuberkulose und Abortus Bang nur dank konsequenter Bekämpfung in der ganzen Schweiz getilgt werden konnten.

Wie meine Vorredner bereits darauf hingewiesen haben, besteht die Gefahr, dass bei einer unterschiedlichen Handhabung der tierseuchenpolizeilichen Vorschriften, besonders bedingt durch die unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten der Kantone, einzelne Kantone aus den grösseren Anstrengungen der anderen Nutzen ziehen oder aber andererseits durch deren geringere Aufwendungen geschädigt werden. Genau das geschieht heute bei der IBR-IPV, einer Krankheit allerdings, bei der man sich heute zu Recht fragt, ob sie unter die Tierseuchengesetzgebung gestellt werden durfte. Auf Druck der Landwirtschaft und aufgrund parlamentarischer Vorstösse sind Bundesrat und Bundesamt für Veterinärwesen genötigt worden, Vorschriften zur Bekämpfung der IBR-IPV zu erlassen. Der Zeitpunkt, zu dem dies geschah, liess tatsächlich eine zuverlässige Beurteilung der bevorstehenden Situation nicht zu. Die Kosten der Bekämpfungsmassnahmen sollten längerfristig kleiner als die zu erwartenden Schäden sein. Ein konsequentes Bekämpfungskonzept käme aber auf Hunderte von Millionen Franken zu stehen; für den Kanton St. Gallen allein auf zirka 24 Millionen, für den Kanton Luzern auf 30 Millionen; nicht konsequente Massnahmen können letztlich noch teurer zu stehen kommen.

Es wird vermutet, dass es vielleicht diese Aussichten sind, die den Bundesrat veranlasst haben, im Rahmen des vorliegenden Sparpaketes diese in Fachkreisen unverständliche und etwas fahrlässige Aenderung des Tierseuchengesetzes zu beantragen, um sich der Beitragspflicht gegenüber den Kantonen zu entziehen und damit eine effiziente Tierseuchenbekämpfung in Frage zu stellen. Es zeigt sich heute, dass der Krankheit IBR-IPV nicht jene Bedeutung zukommt, die es rechtfertigen würde, sie weiterhin auf der Liste der anzeigepflichtigen Seuchen zu behalten, weil ihre wirtschaftlichen Nachteile gering sind. Ich frage deshalb den Bundesrat, ob er dann auch bereit ist, den Artikel 53 der Verordnung zum Tierseuchengesetz in diesem Sinne abzuändern. Mit dieser Konsequenz wäre dann der Antrag Risi keine Durchlöcherung des Sparens, sondern würde den Kantonen in den kommenden Jahren Millionen, Hunderte von Millionen Franken einsparen.

Kaufmann, Berichterstatter: Der Kommission lag kein Nichteintretensantrag vor. Ich möchte Ihnen aber persönlich beantragen, auf die Vorlage einzutreten und dies aus folgenden Gründen: Sie haben jetzt vielleicht einen gewissen Vorgesmack bekommen, wie die Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen zukünftig aussehen wird. Der Bund will mit der Aenderung des Tierseuchengesetzes im Durchschnitt der Jahre 9 Millionen Franken auf die Kantone abwälzen, und zwar aus der Überlegung heraus, dass die Tierseuchen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips und im Sinne der Souveränität der Kantone in der Regel von den Kantonen bekämpft werden sollen und dass die Kantone durchaus – ich sage noch einmal: in der Regel – in der Lage sind, diesen Tierkrankheiten und Seuchen entgegenzutreten, ohne auf Bundesgelder angewiesen zu sein. Es geht um eine grundsätzliche Angelegenheit: Auf der einen Seite wird kantonale Souveränität verlangt, und auf der andern Seite will man nicht – auch nicht in diesem relativ bescheidenen Rahmen – auf Bundesbeiträge verzichten, um dann über die Bundesbeiträge doch wieder die Souveränität zu verlieren.

Ich bitte Sie auch, daran zu denken – man kann vielleicht über den Antrag Geissbühler zu Artikel 38 diskutieren, die Kommissionsmehrheit opponiert zwar diesem Antrag auch

-, dass man aber nicht darüber diskutieren kann, ob man eintreten will oder nicht: Wenn man nicht eintreten will, dann haben die Kantone nach wie vor das Recht, in lapidaren Bagatellfragen den Bund zu Beitragsleistungen heranzuziehen. Ich möchte Sie nur beispielsweise auf Artikel 32 Ziffer 4 verweisen. Wenn gesunde Tiere wegen eines vom zuständigen Organ der Tierseuchenpolizei angeordneten Eingriffes umstehen oder geschlachtet werden müssen, dann hat der Bund nach dem bisherigen Gesetz Beiträge zu leisten. Oder wenn Sie Artikel 38 Absatz 3 des bisherigen Gesetzes berücksichtigen – ich zitiere diesen Absatz: «Im weiteren leistet er (der Bund) den Kantonen an die Ausgaben für die Teilnahme der amtlichen Tierärzte an den Aus- und Vorbildungskursen sowie an die Kosten der Instruktionkurse für Vieh- und Bieneninspektoren und ihre Stellvertreter Beiträge von 34 bis 45 Prozent.» Das sind nur zwei Beispiele, die doch ganz klar zeigen, dass es sich hier um Bagatellsubventionen handelt, und ich verstehe daher nicht, wenn man auf die Revision des Tierschutzgesetzes überhaupt nicht eintreten will.

Ich sage Ihnen noch etwas, das ich eigentlich zum Antrag Geissbühler hätte sagen wollen: Natürlich kann es Katastrophenfälle geben, und es ist richtig, dass der Bundesrat und die nationalrätliche Kommission auch in Katastrophenfällen im Tierseuchengesetz keine Bundesbeiträge mehr vorsehen. Der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit sind der Meinung, dass man auch in Katastrophenfällen von einer gesetzlichen Regelung Umgang nehmen kann, und zwar deshalb, weil in katastrophalen Situationen der Bund (er hat das im Jahre 1976 bei den Dürreschäden so gemacht) durchaus von Fall zu Fall einspringen bzw. Beiträge zusprechen kann.

Ich beantrage Ihnen, den Nichteintretensantrag Risi abzulehnen.

M. Barchi, rapporteur: Les interventions de M. Crevoisier, de M. Risi et de Mme Eppenberger appellent sûrement une certaine sympathie. Elles ont été caractérisées par des accents de solidarité intercantonale, d'unité nationale, dans la lutte contre les épizooties.

Je me souviens des paroles excellentes prononcées ce matin par mon ami Felix Auer. Lorsqu'on discute du principe, tout le monde est d'accord, mais dès que l'on passe aux détails, commencent les «mais», les réserves qui s'explicitent justement dans les détails. Nous devons constater dès lors que le Conseil fédéral, c'est bien vrai, a édicté une loi pour la lutte contre les épizooties en vertu de l'article 69 de la constitution fédérale. Les frais de cette lutte sont supportés par les intéressés qui touchent cependant d'importantes subventions cantonales; à leur tour, ces dépenses cantonales sont subventionnées par la Confédération.

La suppression de cette aide financière fédérale s'inscrit dans une optique, disons moderne, de la conception de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons. M. Kaufmann, président de la commission, vous a aussi parlé du principe de la subsidiarité. La Confédération devrait assumer des charges seulement lorsqu'on ne peut pas attendre des particuliers ou des cantons qu'ils les assument. Dans cette optique, on devrait clairement dire que cette aide fédérale n'est pas indispensable pour assurer l'exécution des dispositions régissant la lutte contre les épizooties. C'est un cas de «Aufgabenentflechtung». On en parle, on en a déjà parlé depuis quelques mois de cette fameuse «Aufgabenentflechtung» qui devrait porter aussi sur des simplifications bureaucratiques. Il faudra décharger la Confédération certes, mais il faudra aussi simplifier certaines choses. M. Bonnard l'a dit en commission: Le Conseil fédéral devrait aussi simplifier certaines tâches de surveillance de la Confédération, donner une autonomie plus grande aux organes cantonaux. Il s'agit là d'un cas très modeste et très simple.

Suivre la proposition de M. Risi, appuyée par M. Crevoisier et par Mme Eppenberger, cela signifie que nous crai-

gnons de faire preuve de courage en allégeant les charges de la Confédération là où certaines tâches, manifestement, peuvent être assumées par les particuliers et par les cantons.

Bundesrat Ritschard: Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, ob ich wirklich solchen Unsinn mache, wie das Herr Risi gesagt hat. Auch Frau Eppenberger bezichtigt uns der Fadenscheinigkeit, als ob wir da offenbar durch Hintertüren irgend etwas machen wollen. Ich möchte doch festhalten: Wir hatten den eidgenössischen Veterinär bei uns in der Kommission. Wir sind auch im Bundesrat entsprechend orientiert worden. Es geht nicht um die Abschaffung der Tierseuchenkämpfung, die muss selbstverständlich weiter funktionieren. Es geht darum, ob die Kantone in Zukunft das Notwendige, das in einem solchen Fall und in vielen andern Fällen zu tun ist, nur noch dann machen, wenn der Bund das Geld gibt. Um diese Frage geht es. Es geht um die alte Frage: Ja, die Mutter ist selbst schuld, wenn ich kalte Füsse habe, warum zieht sie mir die Finken nicht an. So kann man das nicht machen. Die Kantone können eben vieles auch selber tun, ohne dass sie sich in all diesen Fragen ans finanzielle Gängelband des Bundes hängen. Sie sehen das, wenn Sie die Bestimmungen, die hier in der Fahne aufgeführt sind, durchlesen: der Bund wird nötigenfalls, wo das grenzüberschreitend ist, im Einvernehmen mit den Kantonen, auch weiterhin koordinieren, und er wird sogar anordnen, wenn die Kantone nicht tun, was notwendig ist.

Es geht hier wirklich nicht in erster Linie um die paar Millionen; im Jahr sind es etwa 8 Millionen, was auch viel Geld ist. Aber wenn wir den Subventionswald des Bundes – es sind jetzt, glaube ich, über 40 Gesetze, die Subventionen versprechen oder Subventionen zur Verfügung stellen – im Zuge einer Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen wirksam durchforsten wollen und so den Kantonen wieder mehr Selbstgestaltungsmöglichkeit verschaffen, mehr Föderalismus haben wollen, und wenn wir damit auch die Bundesbürokratie, diesen grössten und grösser werdenden Zentralstaat, der langsam mit unserer direkten Demokratie in Konflikt kommt, abbauen wollen, dann ist das ganz genau der Weg – was hier mit dem Tierseuchengesetz vorgeschlagen wird –, wie er in Zukunft eingeschlagen werden muss.

Es wird auch nachher, wenn man hoffentlich recht viele Subventionen abschaffen kann und den Kantonen wieder mehr Freiheit gibt, notwendig sein, dass der Bund durch Rahmengesetze gewisse Dinge ordnet und dafür sorgt, dass dort koordiniert wird, wo Kantone das nicht tun wollen. Aber es sollte ohne Geld gehen. Die Kantone arbeiten heute auf vielen andern Gebieten auch zusammen, ohne dass der Bund etwas bezahlt. Denken Sie an die Schulen, an das Erziehungswesen. Sie sehen auch, was man jetzt, der Not gehorchend, mit den Hochschulen macht, und möglicherweise muss man das noch stärker ausbauen. Das wollte man hier vorschlagen; was man jetzt mit den Tierseuchen macht, das scheint uns, ist durchaus möglich und auch durchführbar. Wir können dieses Land, das ein föderalistisches Land ist und auch sein soll und es noch mehr werden sollte, nicht erhalten, wenn wir überall, auch dort, wo es um relativ kleine Beträge geht, alles verbauen und alles dem Bund anhängen, damit die Kantone nichts tun müssen. Das will noch lange nicht heissen – das ist ja selbstverständlich –, dass der Bund im Falle von grossen Katastrophen nicht helfen kann. Wir haben auch Ueberschwemmungen, wo der Bund nachher Geld gibt, Truppen schickt und weiss ich was macht, dann, wenn die Kantone unschuldig in Not kommen. Wir erwarten aber von ihnen, dass sie das Nötige tun, damit solche Katastrophen nicht eintreten. Auch bei Lawinenunglücken war es immer so, dass der Bund half, wenn Katastrophen eintraten. Aber es ist Aufgabe der Kantone, das Nötige zu tun. Also abgesehen von diesen 8 Millionen, die das im Jahr kostet –, vielleicht auch einmal mehr, einmal weniger –, würde ich doch die grundsätzliche Seite dieser Sache ansehen, mit

der wir uns im Zuge der Aufgabenteilung und Durchführung dieser vielen Subventionsgesetze noch ziemlich stark werden auseinandersetzen müssen. Wenn wir dazu nicht fähig sind, weil es an Geld fehlt, müssen wir uns nicht verwundern, wenn dieser Zentralstaat, diese Bundesverwaltung, immer wieder begrüsst werden muss und wenn sich der Bürger dieser Bundesverwaltung gegenüber immer ohnmächtiger vorkommt und dann auch immer weniger an die Urne geht, weil er findet, im Bunde mache man doch alles, wie man es wolle. An diese grundsätzlichen Seiten sollte man auch etwas denken. Es geht viel mehr darum als um die paar Millionen, die hier die Kantone nicht mehr erhalten würden.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	89 Stimmen
Für den Antrag Risi-Schwyz	22 Stimmen

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. I Einleitungssatz, Art. 1 Abs. 3 letzter Satz und Art. 10a

Antrag der Kommission

Einleitungssatz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

(Die Aenderungen in Art. 1 und 10a betreffen nur den französischen Wortlaut)

Ch. I phrase introductive, art. 1 al. 3 dernière phrase et art. 10a

Proposition de la commission

Phrase introductive

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Art. 1 al. 3 dernière phrase

... Le Conseil fédéral, d'entente avec les cantons, arrêtera...

Art. 10a

Le Conseil fédéral, d'entente avec les cantons, décide...

Angenommen – Adopté

Gliederungstitel von Art. 31, Art. 33, Art. 37

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre de section précédant l'art. 31, art. 33, art. 37

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 38

Antrag der Kommission

Nach Entwurf des Bundesrates

Antrag Geissbühler

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 38

Proposition de la commission

Selon le projet du Conseil fédéral

Proposition Geissbühler

Selon décision du Conseil des Etats

Geissbühler: Hier eine kleine Nuance, die den Bund vor-derhand nichts kosten wird: Die berechtigten Bedenken zu dieser Vorlage sind von Herrn Risi und dessen Mitvotanten deutlich dargelegt worden. In Anbetracht der Tatsache, dass die Bekämpfung der Tierseuchen eine typisch nationale Aufgabe ist, möchte ich Ihnen beliebt machen, in Artikel 38 die ständerätliche Fassung aufzunehmen. Sie stellt meines Erachtens ein absolutes Minimum dessen dar, was wir als gesetzliche Komponente den stark verschärften Bundesvorschriften zuhanden der Kantone entgegenstellen können. In Buchstabe a mindestens ein verschwindend kleines Minimum, wenn man die Seuchenergebnisse seit Generationen überschaut. Aber der Lauf der Zeiten ist noch nicht zu Ende; wir können rückblickend feststellen, dass immer wieder neue, bisher unbekannte Seuchen – ich erinnere beispielsweise an die IBR-IPV – aufzuhalten sind. Daran müssen wir denken und uns entsprechend absichern. Die Frage der Interpretation des «katastrophalen Ausmasses» steht im Raum. Aber ich bin sicher, dass der Bundesrat mit Hilfe seiner Verwaltung auf dem Verordnungswege sicher eine vernünftige Formulierung finden wird. Ich könnte mir vorstellen, dass diese Katastrophe perfekt wäre, wenn beispielsweise mehrere Kantone in der Eindämmung eines Seuchenzuges finanziell überfordert wären.

Wichtig erscheint mir vor allem die Formulierung in Litera b, wo es heisst, dass der Bund Beiträge leisten kann, wenn es für einen Kanton «unzumutbar ist, die Kosten der Seuchenbekämpfung allein zu tragen». Machen wir uns doch nichts vor: wenn dieser Fall eintritt, dann lässt der betreffende Kanton ganz unwillkürlich in den notwendigen Massnahmen nach. Und das ist gerade das, was unter allen Umständen vermieden werden sollte. Deshalb ist es meines Erachtens unerlässlich, dass gerade dieser Passus in das Gesetz aufgenommen wird; und zwar nicht nur aus sachlichen, sondern vor allem auch aus psychologischen und nicht zuletzt auch als referendumpolitischen Erwägungen heraus. Ich möchte daher bitten, auch im Namen der SVP-Fraktion, dass Sie diesem Antrag zustimmen.

Kühne: Wie es üblich ist, stellt die Landwirtschaft auch zu diesem Punkt nur minimale Forderungen! Tierseuchen sind jedoch nicht ein Erzeugnis der schweizerischen Landwirtschaft oder der Landkantone. Tierseuchen werden meistens importiert, vor allem mit dem Warenaustausch, mit dem Tourismus, mit dem Transitverkehr. Das Risiko muss daher von der Allgemeinheit getragen werden. Es kommt dazu, dass der Bund auch in Zukunft für die tierpolizeilichen Massnahmen an der Grenze zuständig ist. Es ist nicht anderes als recht und billig, dass er auch einen Teil des Risikos trägt, und zwar das Risiko in der akuten Phase, dann, wenn Seuchen effektiv ausbrechen.

Wenn nur die Kantone zuständig sind für die Entschädigung in Seuchenfällen, so führt dies zu sehr unterschiedlicher Handhabung. Je nach Finanzkraft des Kantons werden Sie Beitragsansätze zwischen 60 und 90 Prozent haben. Und dass ein Beitragsansatz von 60 Prozent den Tierbesitzer sehr hart trifft, ihn finanziell ruinieren kann, liegt auf der Hand. Gleichzeitig ist es durchaus möglich, dass ein Berufskollege in einem Nachbarkanton, der finanziell stärker ist oder von der Seuche weniger betroffen ist, im gleichen Moment 90 Prozent Entschädigung erhält. Dass solche Unterschiede ungerecht und unerfreulich sind, liegt auf der Hand. Wir wollen auch nicht erst dann, wenn der Notfall eingetreten ist, via Motion oder mit andern Vorstössen die Hilfe des Bundes herbeirufen, sondern wir wollen die minimale Sicherung, wie sie im Antrag des Ständerates oder im Antrag Geissbühler jetzt enthalten ist, jetzt schon verankert haben. Ich bitte Sie daher, dem Antrag Geissbühler zuzustimmen.

Kaufmann, Berichterstatter: Ich ersuche Sie, den Antrag Geissbühler abzulehnen. Ich habe schon in der Eintretensdebatte zu dieser Gesetzesänderung darauf hingewiesen, dass man über den Antrag Geissbühler in guten Treuen verschiedener Meinung sein kann, nicht aber über den Nichteintretensantrag – und Sie haben den Nichteintretensantrag massiv verworfen. Ihre Kommission hat den Antrag Geissbühler mit 16 zu 5 Stimmen abgelehnt. Der Ständerat hat seinen eigenen Beschluss, der ja vom Bundesratsbeschluss abweicht, nur mit einer knappen Mehrheit von 17 zu 13 Stimmen getroffen.

Die Gründe, die gegen den Antrag Geissbühler sprechen, habe ich im wesentlichen bereits bei der Behandlung des Nichteintretensantrages Risi dargetan. Ich möchte hier zusammenfassen und vielleicht noch einen neuen Aspekt hineinnehmen: Wiederum spielt die Frage der Aufgabenteilung eine Rolle, die Tatsache – Herr Bundesrat Ritschard hat dies soeben bestätigt –, dass natürlich von Fall zu Fall bei katastrophalen Tierseuchenzügen der Bund ohne Zweifel helfen wird. Aber wir möchten nicht im Gesetz die Kantone zum voraus animieren, bei jeder Seuche und bei jedem Seuchlein sich an den Bund zu wenden, um Beiträge hereinzubringen. Herr Geissbühler hat das Problem selber angedeutet.

Es entstehen auch Abgrenzungsschwierigkeiten: Wann hat eine Seuche «ein katastrophales Ausmass» angenommen? Wann sind die Kosten für die betroffenen Kantone «unzumutbar»? Der Bund würde vermutlich bei jeder Seuche um Beiträge gegangen und unter Druck gesetzt.

Diese Argumentation und die Zusicherung des Bundesrates, von Fall zu Fall durchaus den Kantonen helfend beizustehen, haben die Kommissionsmehrheit veranlasst, Ihnen zu beantragen, dem Entwurf des Bundesrates zuzustimmen und Artikel 38 aufzuheben.

M. Barchi, rapporteur: Les mêmes motifs qui ont justifié l'entrée en matière conseillent de rejeter aussi la proposition de M. Geissbühler. Il ne doit pas être question de faire entrer par la fenêtre ce qu'on a jeté par la porte.

Präsident: Die Kommission beantragt Artikel 38 gemäss Entwurf des Bundesrates zu formulieren; Herr Geissbühler schlägt vor, die Formulierung des Ständerates gutzuheissen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	66 Stimmen
Für den Antrag Geissbühler	36 Stimmen

Art. 39, 40, 43 und 45 Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 39, 40, 43 et 45 al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 59a

Antrag der Kommission

Nach Entwurf des Bundesrates

Art. 59a

Proposition de la commission

Selon le projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Ziff. II und III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II et III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes	98 Stimmen
Dagegen	6 Stimmen

H

Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete

Loi sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. I Art. 14 Abs. 1 und 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I art. 14 al. 1 et 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 29 Abs. 1 und 2 erster Satz

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Minderheit

(Carobbio, Barchi, Cotti, Grobet)

Streichen (= Beibehalten des geltenden Textes)

Art. 29 al. 1 et 2 première phrase

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Minorité

(Carobbio, Barchi, Cotti, Grobet)

Biffer (= maintenir le texte actuel)

M. Carobbio, porte-parole de la minorité: Veuillez m'excuser si je vous prie de m'écouter encore une fois, mais je suis obligé de motiver brièvement la proposition de minorité concernant l'article 29 de l'arrêté dont nous sommes saisis.

Son but est clair: maintenir à huit ans le délai pour la constitution du fonds pour les investissements dans les régions de montagne, délai que le gouvernement propose de porter à neuf ans. Selon l'avis du Conseil fédéral et de la majorité de la commission, un tel prolongement du délai en question n'entraînera pas de graves conséquences

pour le programme d'aide aux régions de montagne. Le seul effet sera un ralentissement de ces programmes-là. Du reste, le message nous dit encore que tous les crédits déjà octroyés n'ont même pas été utilisés.

Je n'entends pas exagérer les conséquences négatives de la mesure proposée mais je dois vous rappeler que c'est déjà la deuxième fois, depuis la mise en vigueur de la loi, que l'on prolonge ce délai. La première a été en 1977, et cette fois-là aussi, on l'a fait dans le cadre des mesures d'assainissement des finances fédérales. Décidément, l'histoire se répète et on a toujours plus l'impression que ce sont les mêmes domaines qui sont visés: aide aux régions de montagne, aux caisses-maladie, à la recherche, à la culture par exemple. Voilà déjà une raison de s'opposer à la proposition du gouvernement.

A propos de l'objection selon laquelle, jusqu'ici, on n'a même pas utilisé tous les crédits à disposition, il faut observer ce qui suit. Cela est peut-être vrai, néanmoins il faut s'attendre, dans les prochaines années, à une accélération de la réalisation des projets concernant les régions de montagne, du fait que les diverses régions de montagne vont sortir de la phase de préparation et de mise au point des projets.

Dans cette optique, le prolongement du délai va vraisemblablement créer quelques difficultés nouvelles pour des régions comme celles de montagne qu'il faudrait aider avec plus d'ampleur. C'est ainsi, selon notre avis, que proposer de prolonger d'un an le délai pour la constitution du fonds pour les investissements des régions de montagne, revient à pénaliser les régions périphériques plus faibles et cela sans apporter un véritable soulagement aux difficultés financières de la Confédération. En effet, il s'agit en tout de près de 7 millions de francs. Mais un tel choix ne peut qu'entamer la crédibilité de la politique régionale de la Confédération. Pour toutes ces raisons, je vous invite à voter ma proposition.

Kaufmann, Berichterstatter: Bei diesem Antrag Carobbio handelt es sich um eine ausgesprochene Bagatellangelegenheit: Spareffekt 100 000 bis 200 000 Franken pro Jahr. Bundesrat, Ständerat und nationalrätliche Kommission sind der Meinung, dass die Finanzierung des Investitionsfonds für das Berggebiet durchaus in neun Jahren geschehen kann, statt – wie es das Gesetz bisher vorsah – in acht Jahren.

Herr Barchi hat mir erklärt – er gehört auch zur Minderheit –, er verzichte auf eine Stellungnahme. Ich glaube, von der Sache her gesehen sollten wir in diesen kleinen Bagatellfragen am Vorschlag des Bundesrates nicht herumflicken. Ob wir diesen Fonds in acht oder neun Jahren aufrufen, ist von völlig untergeordneter Bedeutung.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	81 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	9 Stimmen

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes	86 Stimmen
Dagegen	5 Stimmen

Schluss der Sitzung um 20 Uhr

La séance est levée à 20 heures

Fünfte Sitzung – Cinquième séance

Donnerstag, 5. Juni 1980, Vormittag

Jeudi 5 juin 1980, matin

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Fischer-Weintelden

80.002

Sparmassnahmen 1980

Programme d'économies 1980

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 513 hiervor — Voir page 513 ci-devant

I

Bundesgesetz über den Strassenverkehr

Loi sur la circulation routière

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Ziff. I, II und III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I, II et III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Gesetzentwurfes	99 Stimmen
	(Einstimmigkeit)

K

Bundesgesetz über die Neuverteilung der Bussenerträge

Loi réglant la nouvelle répartition du produit des amendes

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Sparmassnahmen 1980

Programme d'économies 1980

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1980
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	04
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	80.002
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.06.1980 - 16:00
Date	
Data	
Seite	513-535
Page	
Pagina	
Ref. No	20 008 576

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.